

Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellgeld vierteljährlich 14,00 Rl., monatlich 4,80 Rl. In den Ausgabestellen monatlich 4,50 Rl. Bei Postbezug vierteljährlich 16,16 Rl., monatlich 5,39 Rl. Unter Streifenband in Polen monatlich 8 Rl., in Deutschland 2,50 Rl. — Einzelnummer 25 Gr., Dienstags- und Sonntagsnummer 30 Gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung usw.) hat der Besteller keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.
Gernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die einpaltige Millimeterzeile 15 Groschen, die einpaltige Reflektanzzeile 125 Groschen. Danzig 10 bz. 80 Dz. Bf. Deutschland 10 bzw. 70 Goldpf., übriges Ausland 100%, Aufschlag. — Bei Platzvorsicht und schwierigem Satz 50%, Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 Groschen. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.
Postfachkonten: Posen 202157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 20.

Bromberg, Sonnabend den 25. Januar 1930.

54. Jahrg.

Die Agrartrise.

Rede des Senators Dr. Busse, gehalten auf der Tagung der Westpolnischen Landwirtschaftlichen Gesellschaft zu Posen.

Bereits vor einem Jahre bei unserer letzten Generalversammlung ging ein leises Mhnen durch unsere Reihen, daß die

Weltkrise in der Landwirtschaft

langsam, aber sicher im Anzuge begriffen sei. Schon damals fing die Bewertung von Roggen und Gerste an zu wanken, aber erst im Frühsommer setzte der Sturz der Preise für landwirtschaftliche Produkte in beängstigender Weise ein, und leider hat die Abwärtsbewegung sich bei verhältnismäßig kleinen Schwankungen bis in die Gegenwart fortgesetzt. Heute kann sich niemand, der objektiv und nüchtern die wirtschaftlichen Verhältnisse im Lande betrachtet, der Erkenntnis verschließen,

daß die Landwirtschaft in Polen mit hinein-gezogen ist in die große, allgemeine Krise, die die Landwirtschaft auf dem ganzen Erdball zu bestehen hat, daß also die Not in Polen eigentlich nur ein Teilausschnitt aus dem düsteren Bilde darstellt, das uns allenthalben in der Welt vor Augen steht.

Das Bedenkliche an dieser Feststellung ist jedoch, daß die Agrartrise sich nicht auf einen Stand beschränkt, daß sie notwendigerweise ihre Auswirkungen in unheilvoller Weise ausbreiten muß auf die Staatswirtschaft, die heute schon mit einem starken Rückgang von Steuern rechnen muß, auf Industrie, Handel, Handwerk und Gewerbe, die keinen Umsatz in ihren Waren haben und letzten Endes auch auf die Lage der Arbeiter, die nur dann auf auskömmliche Löhne rechnen können, wenn die Unternehmer auf die Kosten kommen und in der Lage sind, ihren Arbeit und auskömmliche Löhne zu geben. Die Not der Landwirtschaft ist daher eine Folge des Staates und aller seiner Bürger. Mit diesem Problem kann man sich nicht genug befassen. In meinem heutigen Vortrag, der sich die Behandlung der Agrartrise zur Aufgabe gestellt hat, habe ich die Absicht, im ersten Teil eine Darstellung der Ursachen der Agrartrise in der ganzen Welt in groben Zügen zu geben. In einem 2. Teil will ich die Versuche anderer Staaten zur Bekämpfung der eigenen Notlage schildern und in dem 3. Teil einige Vorschläge unterbreiten, nach welcher Richtung bei den besonderen Produktionsverhältnissen in Polen die Maßnahmen der Landwirte und des Staates selbst in die Wege geleitet werden müssen.

Wenn darüber debattiert wird, wo der

Ursprung der Agrartrise

Ursprung der Agrartrise gewöhnlich mit der bequemen Formel abgetan, daß die Überproduktion an Getreide in den neuen Weltteilen die Schuld an allem übel trage. Diese These ist jedoch nur zum Teil richtig. Es läßt sich zwar nicht bestreiten, daß durch die Urbarmachung bisher unfruchtbarer Flächen, durch Verbesserung der Verkehrswege, schließlich durch den Bau von riesigen Getreidefeldern mehr Getreide von den überseeischen Ländern, insbesondere von Kanada, in den Weltmarkt geführt wird als noch vor wenigen Jahren. Es läßt sich auch ferner nicht bestreiten, daß die Fortschritte in der landwirtschaftlichen Wissenschaft, die in der ganzen Welt den Landwirt zur Steigerung der Produktion anspornen, zu einer großartigen Umstellung in den Betrieben geführt haben. Aber diese Mehrerzeugung von landwirtschaftlichen Gütern wird doch im allgemeinen überschätzt. Das wesentliche, allein ausschlaggebende Moment ist, daß der Konsum mit der Vermehrung der Getreideproduktion in den letzten Jahren nicht in gleichem Maße Schritt gehalten hat. Während die Bevölkerung in der Welt gegenüber der Vorkriegszeit um 7 Prozent gestiegen ist, beträgt das Plus in der Produktion an Brotgetreide nur 3 Prozent, und wenn man Reis mit in Rechnung stellt, nur 4 Prozent. Man müßte hiernach zu dem logischen Schluß kommen, daß die Mehrerzeugung an Brot von dem Zuwachs der Bevölkerung mit Leichtigkeit aufgenommen werden könnte. Leider ist dies aber nicht der Fall. Der Verbrauch an Brot ist nämlich, wie die Statistik beweist, gegenüber der Vorkriegszeit überall stark gesunken. Offenbar müssen besondere Gründe bestanden haben, die die Menschheit zur Abkehr von der hergebrachten Ernährungsweise veranlaßt haben. Diese Gründe sucht eine sorgfältige wissenschaftliche Untersuchung auf der einen Seite in der Abnahme des Konsums in Ländern, die durch den Weltkrieg verarmt sind, auf der anderen Seite in einer Verschärfung der Ernährung. Folgende statistische Zahlen zeigen, wie erheblich der Konsum von Brot in einigen Ländern gesunken ist. Vor dem Kriege betrug in den Vereinigten Staaten von Nordamerika der Verbrauch an Brotgetreide 159 Kilo, jetzt nur 134 Kilo für den Kopf der Bevölkerung, in Kanada 339, jetzt 208, in Australien 196, jetzt 172 Kilo. In diesen Ländern ist der Verbrauch nach wohlschmeckenden, leicht verdaulichen Lebensmitteln immer stärker geworden. Es ist nachgewiesen, daß der Verbrauch von Wollereiprodukten, Eiern, feinen Fleischwaren, Gemüse, Obst und Süßfrüchten nach dem Kriege um 50 Prozent, z. B. noch mehr zugenommen hat. Eine besonders

große Rolle bei der Ernährung dieser Länder spielen die Bananen, bei denen der Verbrauch um 100 Prozent zugenommen haben soll. Aber auch in den westeuropäischen Ländern, für die man ebenfalls eine Abnahme des Brotkonsums, und zwar um 27 Kilo berechnet hat, geht die Entwicklung in derselben Richtung vor sich. Hier spielen die Ermahnungen der medizinischen Wissenschaft, zu einem stärkeren Verbrauch von frischen, vitaminreichen Lebensmitteln eine große Rolle. Zu beachten bleiben auch die Veränderungen in der Lebenshaltung der Industriearbeiter, die nach Einführung des Achtstundentages gern auf die früher übliche „Stille“ verzichteten und einer warmen Suppe in den eigenen vier Wänden den Vorzug geben.

Nur einige Worte über das Futtergetreide. Die Produktion an Futtergetreide ist im Vergleich zur Vorkriegszeit zwar zurückgegangen. Dafür ist aber auch die Nachfrage gesunken. Die Gründe für diese Entwicklung muß man in dem Fortschreiten der Fütterungstechnik sowie in der besseren Ausnutzung der Weiden und Weiden und schließlich in der stärkeren Heranziehung der Hackfrüchte, besonders der Kartoffel zu Futterzwecken suchen. Die Zusammenfassung aller dieser Darlegungen ergibt, daß abgesehen von Futtergetreide die Produktion an Getreide in der Welt zugenommen hat, während der Konsum gegen früher nicht unerheblich zurückgeblieben ist. Es ist heute schwer zu sagen, ob die Vernachlässigung der Broterzeugung bereits ihren tiefsten Stand erreicht hat, oder ob in Zukunft mit einer gewissen Stabilität der Verhältnisse, wie sie sich in der Gegenwart herausgebildet haben, zu rechnen ist.

II. Die

Schwierigkeiten der Landwirtschaft im Auslande

sind vielfach früher in Erscheinung getreten als in Polen. Es kann daher nicht Wunder nehmen, daß eine ganze Anzahl von Staaten schon vor Jahren zum Schutz der einheimischen Produktion Maßnahmen ergriffen hat, die anderen Staaten ein gutes Material zum Studium liefern. Selbstverständlich ist es unmöglich, die Schutzmaßnahmen über einen Rahmen zu ziehen. Sie müssen notwendigerweise verschieden sein in Ländern, die einen Überschuss haben und in Ländern, die ein offenes Minus haben. Am schwersten sind sie in eine geeignete Form zu bringen in Staaten, wie z. B. Polen, die je nach dem Ausfall der Ernten in manchen Jahren zu viel, in manchen zu wenig zur Verfügung haben.

Die Überschuss-Staaten, wie z. B. die Vereinigten Staaten, Kanada und Argentinien, gehen von dem Gesichtspunkt aus, daß die Preise auf dem Binnenmarkt hoch gehalten werden müssen durch Bereitstellung von Staatsmitteln zur Subventionierung der Ausfuhr. Ein klassisches Beispiel für diese Wirtschaftspolitik bietet uns das Vorgehen der Vereinigten Staaten. Dort hat man noch in neuester Zeit die bisherigen Einfuhrzölle für landwirtschaftliche Produkte so hoch geschraubt, daß eine Überschwemmung des Inlandmarktes durch das Ausland, womit in erster Linie Kanada und Argentinien getroffen werden sollten, unmöglich gemacht wurde. Parallel mit dem Schutz der einheimischen Erzeugnisse geht die Unterstützung der Farmer-Organisationen, denen man 500 Millionen Dollar aus Staatsmitteln zur Verfügung stellt, um den Export des Getreides nach dem Auslande zu fördern, die wesentlich unter den Inlandpreisen liegen, zu ermöglichen. Nach ganz ähnlichen Grundsätzen vollzieht sich die große Ausfuhr aus Kanada. Hiernach konnte es nicht überraschen, daß

das Schreckgepenst der künstlich forcierten amerikanischen Getreideinvasion fast alle europäischen Staaten den Plan gerufen hat;

denn abgesehen von Klein-Asien und Ost-Asien ist Europa der Abnehmer der amerikanischen Überschüsse. Überall wurden Schutzmaßnahmen mit dem aus Übersee stammenden Getreide in Angriff genommen. Die Tendenz dieser Maßnahmen hatte vor allem das Ziel, die einheimische Produktion zu verstärkten Leistungen anzuhalten und ihr durch zollpolitische Maßnahmen eine Gewähr dafür zu bieten, daß sie nicht durch das billiger produzierende Ausland unterdrückt wird. So hat z. B. Spanien neuerdings die Einfuhr von Weizen und Getreide verboten und gibt nur in geeignetem Augenblick ein entsprechendes Kontingent zur Einfuhr frei — aber unter Erhebung von Zöllen, welche die Aufrechterhaltung ausreichender Preise im Inlande garantieren. Frankreich wiederum hat sich gerade in der allerletzten Zeit entschlossen, auf neue Getreideexport-Prämien einzuführen, die man allgemein im Lande als endgültig begraben betrachtete. Die Vergütung beträgt bei der Ausfuhr 50 Franken pro Doppelzentner und bezieht sich auf ein ungefähres Quantum von 2.200.000 Doppelzentnern Getreide. Besonders verwickelt liegen die Verhältnisse in Deutschland, dessen Landwirtschaft bekanntlich sehr schwer darniederliegt. Nach langwierigen Verhandlungen hat man sich entschlossen, einen Normalpreis

von 260 Mark für die Tonne Weizen und 230 Mark für die Tonne Roggen zu statuieren und versucht, ein gleitendes Zollsistem zu konstruieren, das die Aufrechterhaltung dieser Preise garantiert. Ob es gelingen wird, wissen die Götter. Soweit Roggen in Frage kommt, hat das System bisher jedenfalls sehr enttäuscht; denn der Roggen ist gerade in der letzten Zeit in Berlin anstatt zu steigen, im Preise stark zurückgegangen. Neben den erhöhten Zöllen und dem System der Einfuhrscheine, das sich früher, als das Angebot in der Welt noch nicht so stark war, sehr bewährt hatte, hat man noch den Mühlen den Vermahlungszwang von einem bestimmten Kontingent von inländischem Getreide auferlegt und versucht schließlich, den Roggenüberfluß unter Zuhilfe von 20 Millionen aus Reichsmitteln durch Verfütterung zu verringern.

Am großartigsten einzuschätzen sind jedoch die Erfolge Italiens in seiner Getreidepolitik. Sie wären allerdings undenkbar gewesen, wenn nicht eine so kraftvolle Persönlichkeit wie Mussolini ihr die Wege vorgezeichnet hätte. Vor drei Jahren begann sein Kampf in der Getreideschlacht. — Heute hat sich die Ernte verdreifacht. Statt 40 Millionen Doppelzentner Weizen brauchten in diesem Jahre nur etwa 10 Millionen eingeführt zu werden. Die Urbarmachung der Campagna bei Rom, die Entwässerung der Pontinischen Sümpfe, die Verbesserung der klimatischen Verhältnisse durch Anforstung von Südländern und fahlen Felsen, die Einführung eines wöchentlichen Reistages, an dem das Volk nur den im Lande erzeugten Reis, aber keine Mehlspeisen essen darf — das sind Stichproben aus dem Programm des Staatsmannes, dessen Energie aus seinem Volk eine neue Nation entstehen läßt.

Es würde zu weit führen, wollte ich noch die Maßnahmen der übrigen europäischen Staaten erörtern. Mit Abtast habe ich nicht von Rußland gesprochen, das einst auf dem Weltmarkt eine hervorragende Rolle gespielt hat und heute seiner selbst erfundenen Barbarei lebt. Das eine aber glaube ich mit Bestimmtheit voraussagen zu können, daß wir am Vorabend schwerer wirtschaftlicher Kämpfe der Einzelstaaten, vielleicht ganzer Kontinente gegen einander stehen. Es scheint fast so, als wenn die Staaten von Europa, die sich in Genf auf das Zeitmotiv des Abbaus der Zölle verpflichtet haben, ihre dort gewonnenen Erfahrungen benutzen, um sich noch schärfer als bisher durch Zollmauern von einander abzuschließen.

So wenig ich an Kriege mit Waffengewalt in den nächsten Jahren glaube, so unaussprechlich sind Wirtschaftskriege, zu denen die Länder im Wettbewerb auf dem Weltmarkt gezwungen sein werden. Der Ausgang dieser Kämpfe wird letzten Endes abhängen von dem Arbeitswillen und der Arbeitskraft der Völker und von der Zweckmäßigkeit der Maßnahmen, welche die Staatsregierungen im Innern wie auch nach Außen hin zur Anwendung bringen werden.

Mehr wie die allgemeine Weltlage muß natürlich den praktischen Landwirt in Polen die Frage interessieren, welche Ursachen für die Agrartrise bei uns im Lande vorliegen, und wie die

Bekämpfung der Agrartrise

zu erfolgen hat. Charakteristisch für die Situation in Polen ist, daß abgesehen von dem Ausnahmejahr 1925/26 — das man gut tut, heute nicht in Rechnung zu stellen — der Weizen für die menschliche Ernährung im Lande nicht ausreicht, daß bei Roggen die Überschüsse und die Mindererträge in den einzelnen Jahren wechseln und daß Gerste im Überfluß vorhanden ist, während bei Hafer alljährlich, wenn auch nicht große, so doch erhebliche Mengen gefehlt haben. Für die Marktbewegung im gegenwärtigen Zeitpunkt fällt ausschlaggebend ins Gewicht, daß Polen zwei gute Erntejahre hintereinander gehabt hat, daß große Bestände, namentlich in Roggen, aus dem vorigen Jahr in das neue übernommen und im Inlande nicht abzugeben sind, und daß die Ausfuhr von Roggen auf die Konkurrenz der durch Einfuhrscheine gestützten Ausfuhr aus Deutschland stößt. Deutschland und Polen sind heute die einzigen Roggenausfuhr-Länder. Vervollständigt man dieses Bild noch durch die bedauerliche Erscheinung, daß die Kartoffel, die Frucht des leichteren Bodens, nur die Hälfte wie im vorigen Jahr kostet, so ergibt sich, daß

die Agrartrise in Polen in erster Linie die Not des leichteren Bodens ist.

Aber auch in den Wirtschaften mit bestem Boden sieht es nicht rosig aus. Die Zuckerrüben, die dank einer glücklichen Politik der Regierung, bisher einen befriedigenden Preis gehabt haben, ergeben in vielen Gegenden infolge der Dürre einen geringeren Ertrag als sonst. Zudem haben die Rübenbauer starke Befürchtungen für die Zukunft wegen der von vielen Fabriken beabsichtigten Anbaueinschränkung. Der Weizen wiederum ist so

billig wie lange nicht mehr, und auch die Gerste steht sehr niedrig im Preise, zurzeit nur wenig über Roggennotiz. Die guten Zeiten für die Erbsen scheinen auch vorüber zu sein.

Es erhebt sich nun die Frage,

wie sich der einzelne Landwirt zu der ganzen Lage einstellen soll.

Zunächst muß als oberstes Gesetz gelten, daß auf weizenfähigen Böden möglichst wenig Roggen angebaut werden darf. In vielen Zuckerrübenwirtschaften galt bisher als Grundsatz, als Vorfrucht für Rüben nicht Weizen, sondern möglichst Roggen anzubauen, da die Rüben nach Roggen gewöhnlich etwa 20 Zentner Mehretrag für den Morgen bringen, als nach Weizen. Wahrscheinlich wird diese Gewohnheit allmählich von selbst aufhören bei der verlustbringenden Roggenproduktion. Aber auch viele andere Wirtschaften mit gutem Boden, namentlich kleinere, bauen in hergebrachter Weise Roggen an, wo sie ebensogut Weizen kultivieren könnten. Würde der Roggenbau auf guten Böden mehr in den Hintergrund treten, so würde der Inlandsmarkt so erheblich von Roggen entlastet werden, daß sich wieder gesunde Preise entwickeln könnten — zum Nutzen der leichten Böden, auf denen kein Weizen wächst. Die Befürchtung, daß in Polen zu viel Weizen erzeugt werden könnte, hege ich nicht. Aber äußerstenfalls würde der Überschuß immer noch leichter auf dem Weltmarkt abgesetzt werden können, als Roggen. Es würde sich jedenfalls für die Landwirte in Polen lohnen, die Devisen der italienischen „Weizenflacht“ auch auf ihr Schild zu schreiben.

Ein ferneres Problem, vor das heute der Landwirt gestellt ist, findet seinen Ausdruck in der

Überlegung, ob er intensiv, wie bisher, oder extensiv wirtschaften soll.

Diese Frage hat für die schweren Böden, die Rüben und Weizen tragen, kaum eine Bedeutung, denn ohne Intensität ist die Bewirtschaftung dieser Böden nicht möglich. Soweit leichte Böden in Betracht kommen, wird diese Frage zugunsten der bisherigen Wirtschaftsweise zu beantworten sein, solange der Roggenpreis mindestens etwa 4 Zloty über dem Preise für den Doppelzentner Stickstoff liegt. Bedenklich sieht die Sache aber bei den ganz leichten Böden aus. Diese Böden gaben vor dem Kriege bei den damals guten Preisen für Roggen und Kartoffeln selbst bei bescheidenen Erträgen noch eine kleine Rente. Man prägte damals das Wort: „Von der Kiefer zur Kartoffel.“ Heute wird man sich überlegen müssen, ob diese Böden noch die landwirtschaftliche Kultur lohnen und vielleicht das Motto ändern müssen: „Von der Kartoffel zurück zur Kiefer.“

Das Schlimmste, was allerdings der Landwirt tun könnte, wäre, wenn er bei den jetzigen ersten Zeiten den Mut verlieren würde.

Es bleibt der Trost, daß nicht immer so gute Welternten aufeinander folgen, und daß nach mageren Jahren auch wieder fette Jahre kommen. Das weiß jeder Landwirt, der auf eine längere Arbeitszeit zurückblicken kann. Dem Roggenbauer muß es eine Beruhigung sein, daß der Verbrauch von dem gesunden, nährkräftigen Roggenbrot in Polen noch immer einen großen Umfang hat. Es zeugt von dem vernünftigen Sinn der Bevölkerung, daß der Konsum von Roggen in Polen auf den Kopf der Bevölkerung 50 Prozent mehr beträgt als in Deutschland. Schließlich aber sollte niemand vergessen, daß die Geburtenziffern in Polen keinen Rückgang aufweisen, daß vielmehr der Zuwachs jährlich etwa eine halbe Million Köpfe beträgt. 500 000 Minder müssen also in jedem Jahr mehr gestopft werden, und vielleicht ist die Zeit nicht mehr fern, wo die Inlandserzeugung dauernd hinter dem Verbrauch zurückbleiben wird.

Alle Bemühungen des einzelnen Landwirts können jedoch gegen die Agrarkrise nichts ausrichten, wenn sie nicht die Unterstützung des Staates finden. Der Landwirt muß sich auf eine zunehmende Erkenntnis der staatlichen Zustände verlassen können, daß dem wichtigsten Stand im Wirtschaftsleben auch geholfen werden muß, damit nicht auch die übrigen Erwerbsstände zugrunde gehen. Mit der Verschlimmerung der Notlage verdichten sich die Postulate der Landwirte gegenüber der Regierung.

Zunächst wünschen wir eine baldige Aufhebung aller Vermahlungsvorschriften. Wenn heute die Ausmahlung vielleicht nicht so scharf überwacht wird, so wirken doch die Vorschriften teils fahrend, teils deprimierend. Ein weiteres Anliegen, das wir an die Regierung haben, geht dahin, sie möge auf ein baldiges Zustandekommen einer Vereinbarung zwischen den polnischen und deutschen Roggenexporteuren hinwirken. Leider sind die eingeleiteten Verhandlungen bisher nicht zu einem befriedigenden Ende gelangt — und doch haben beide Länder das größte Interesse daran, daß auf dem beschränkten Auslandsmarkt für Roggen die Preise nicht fortwährend durch den gegenseitigen Wettbewerb unterbieten werden.

Zur Sicherung auskömmlicher Preise für Gerste wäre es erwünscht, wenn die Einfuhr von Mais unter Verbot gestellt würde. Es würde weiter der Fabrikation von Graupen aus Gerste zu gute kommen, wenn der Reiszoll eine Erhöhung erfahren würde. Ein solcher Zoll würde auch der im Inland erzeugten Hirse zu gute kommen.

Bezüglich des Kartoffelbaues wäre anzustreben, daß die Regierung sich einerseits für die Förderung des Spiritusverbrauches zu technischen Zwecken einsetzt, andererseits ihr Interesse der Verbilligung der Klotenherstellung zuwendet. In Deutschland hat man 1/4 Million für den Erfinder eines billigen Trocknungsverfahrens ausgesetzt. Da das Erfindergeld nicht an die Grenzen der Länder gebunden ist, sollte auch unsere Regierung für denselben Zweck einen Griff in den Säckel tun.

Was die

Exportprämien für Getreide

anbelangt, so haben wir den Wunsch, daß dieses System nach Möglichkeit ausgebaut und vervollkommen wird. Wir verkennen nicht die Schwierigkeiten, die der Einführung der Prämien entgegenstehen haben; denn mit Ausnahme des kleinen ehemals deutschen Teils gebiets war die Idee der Einfuhr staatlicher Mittel zur Förderung der Ausfuhr von Getreide etwas Neues. Es liegt auf der Hand, daß der polnische Staat in der Prämiierung der Ausfuhr nicht ins Hintertreffen geraten darf, nachdem fast die ganze Welt sich zu demselben Prinzip bekannt hat. Es ist zu hoffen, daß die Fehler, die anfangs bei der Durchführung zu verzeichnen waren, beseitigt und die Höhe der Prämien mit den Sätzen des Auslandes in Einklang gebracht wird.

In den Reihen der Westpolnischen Landwirtschaftlichen Gesellschaft besteht eine einmütige Anerkennung dafür, was die Regierung in den letzten Monaten zur Abwehr der ausländischen Einfuhr und zur Förderung der Ausfuhr getan hat. Wir hoffen, daß die bisherigen Maßnahmen nur den Anfang einer aktiven Agrarpolitik bedeuten, und daß die Regierung in diesen neuen Entschlüssen nicht wankend werden möge. Wir hoffen weiter, daß die Regierung sich bald zu einer festen Zollpolitik entschließen wird, die ihre Grundlage in Gesetzen und in Zollverträgen haben muß. Ihre Tendenz müßte dahin gehen, den Landwirten einen Preis von 40 Zloty für den Zs. Roggen und von 48 Zloty für den Zs. Weizen zu gewährleisten. Nichts ist schlimmer, als die heute bestehende Ungewißheit. Es wechseln die Minister, es wechseln die Ernährungskommissare, es wechseln die Systeme. So schwanken in kurzen Zeitläufen die Preise für landwirtschaftliche Produkte in erschreckender Weise, wobei niemand, selbst nicht der Konsument, einen größeren Nutzen hat, dagegen der Landwirt den größten Schaden. Sollte der Landwirt das Vertrauen zur Stetigkeit der Maßnahmen der Regierung verlieren, dann wäre alles verloren.

An diese Wünsche, welche die allgemeine Wirtschaftspolitik betreffen, möchte ich noch einige

besondere Wünsche der Landwirte

anknüpfen; sie betreffen die vielen Zwangsmaßnahmen, die dem Bürger das Leben erschweren und ihn in der freien Entwicklung seiner Kräfte hindern. Ein Landwirt, der bereits 80 Morgen besitzt, soll nichts zukaufen dürfen und jeder Landwirt, der überhaupt Land erwerben will, muß erst die Genehmigung der zuständigen Behörden haben. Das führt zu einer Schematisierung, die gerade die kraftvollsten und vorwärtstrebenden Elemente, also die für den Staat nützlichsten, nicht zur Entfaltung kommen läßt. Weiter sollte man die vielen Beschrän-

kungen, denen die Ansiedler alten und neuen Rechts unterliegen, aufheben und auch hier freie Bahn schaffen. Schließlich glauben wir, daß die Motive, die für Schaffung des Gesetzes betr. die Agrarreform maßgebend gewesen sind, heute keinen Boden mehr unter sich haben. Wie bekannt, wird der Bankrott in Folge der allgemeinen Wirtschaftsnote eine große Anzahl von Gütern — es sollen in Westpolen über 80 sein — zum Kauf angeboten werden. Durch deren Erwerb würde für lange Zeit ein ausreichender Landvorrat zur Parzellierung geschaffen sein, und ein Zwangseingriff in das Eigentum der Landwirte, die ihr Land behalten und bearbeiten wollen, sich erübrigen.

Man sollte mit dem Odium der Zwangsenteignung aufräumen, das ganze Gesetz umarbeiten und ihm eine Fassung geben, die den Anforderungen eines modernen und vorwärtstrebenden Staates entspricht. An jenem Tage, an dem alle diese Wünsche Allgemeingut der Bürger im Staate werden, würde die Landwirtschaft in Polen und damit die gesamte Volkswirtschaft an dem Vorabend einer freizeitlichen und glücklichen Entwicklung stehen.

Noch einige wenige Worte zum Schluß. Es liegt in der Natur des Menschen, daß er in ersten Zeiten eine Ablenkung von seinen Sorgen sucht. In alten Zeiten hatte man den Wein, den Sorgenbrecher genannt. Heute in der Zeit der allgemeinen Einschränkung und Verarmung ist nur eins geblieben — die Arbeit. Es liegt im Wesen des deutschen Landwirts, nicht zu verzagen und immer wieder den Spaten in die Erde zu senken, auch wenn er nicht weiß, ob die Arbeit nutzbringend und erfolgreich sein wird. Er kann sich vergleichen mit dem Weber, von dem der Dichter sagt:

„Jahre kommen und vergehen.

In dem Webstuhl läuft geschäftig

Sin und her die Spule.

Was er webt, das weiß kein Weber.“

Die Londoner Konferenz.

London, 24. Januar. (P.M.) Gestern fand ein zweitägige Vollziehung der See-Abrüstungs-Konferenz ohne Teilnahme von Pressevertretern statt. Nach der Sitzung erfolgten Informationen an die Presse durch MacDonald, Tardieu und den englischen Pressesekretär. Aus den Erklärungen ergibt sich, daß in der Konferenz jede Delegation ein allgemeines Exposé gegeben hat, in dem vom Standpunkt der geographischen Lage, der wirtschaftlichen Notwendigkeit und der politischen Verantwortlichkeit aus betrachtet, die eigenen Bedürfnisse dargelegt wurden.

Stimson betonte die besondere Lage Amerikas und brachte den Grundsatz der Parität mit England vor.

Tardieu entwarf in einer knappen Rede, die von Willert als die beste der gestern gehaltenen Reden bezeichnet wurde, die Bedürfnisse Frankreichs, die er nach Kategorien klassifizierte. In seinem Resümee stellte Tardieu fest, daß eine Beschränkung der Rüstungen nur unter Verhältnissen möglich sei, welche die Sicherheit nach außen verbürgen. Tardieu schloß seine Erklärungen mit den Worten: „Die Bedürfnisse Frankreichs sind in hohem Maße abhängig von der Sicherheit, ob wir im Falle eines Konflikts nur auf uns selbst gestellt sein werden oder ob eine internationale Zusammenarbeit gegen den Angriff vorhanden sein wird.“

Macdonald wies in seiner Erklärung auf die inulare Lage Großbritanniens hin, durch die für seine Marine besondere Bedürfnisse entstehen.

Grandi erkannte in seiner Rede, die er in englischer Sprache hielt, das Vorhandensein eines Zusammenhanges zwischen der Sicherheit und der Abrüstung im Sinne des Art. 8 des Völkerbundesvertrages an und betonte, daß Italien Anhänger einer maximalen Rüstungsbeschränkung sei. In dessen fordern die Halbinselfrage Italiens und seine wirtschaftliche Abhängigkeit von den Seemächten, daß kein Staat des europäischen Kontinents zur See stärker sein dürfe als Italien.

Wakatsuki betonte den guten Willen Japans.

Krieg zwischen Bolivien und Paraguay?

Die WTB aus Washington meldet, war es vor einigen Tagen an der Grenze zwischen Bolivien und Paraguay zu einem Zwischenfall gekommen. Eine bolivianische Patrouille hatte eine paraguayische Truppenabteilung in der Nähe von Puerto Casado angegriffen, wobei es einen Toten gab. Der Geschäftsträger Paraguays in Washington teilte nunmehr dem Staatsdepartement mit, er befürchte, daß ein Konflikt unmittelbar bevorstehe. Seine Regierung habe ihm zur Kenntnis gebracht, daß der bolivianische Oberbefehlshaber, General Runk, den allgemeinen Angriff auf die paraguayische Grenze befohlen habe.

Aus der polnischen Diplomatie.

Warschau, 21. Januar. (P.M.) Unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Prof. Bartel fand gestern eine Sitzung des Ministerrats statt, in der u. a. beschlossen wurde, die polnische Gesandtschaft in Washington zum Range einer Botschaft zu erheben und dem Präsidenten der Republik die Ernennung des bisherigen Gesandten in Washington Zygmunt Filipowicz zum Botschafter der Republik Polen bei dem Präsidenten der Vereinigten Staaten von Nordamerika zur Unterzeichnung vorzulegen.

Die Tagesordnung des Sejms.

Warschau, 24. Januar. (Eigene Drahtmeldung.) Auf der Tagesordnung der nächsten Sitzung des Sejms, die am Sonnabend nachmittags um 4 Uhr stattfindet, stehen u. a. ein Antrag der Kommunisten, der Regierung das Mißtrauen auszusprechen und ein Antrag der PPS in Sachen der Beherrschung von Telefongesprächen in Warschau.

Republik Polen.

Der italienische Außenminister Grandi kommt nach Warschau.

Warschau, 22. Januar. (M.B.) Ende dieses Monats oder Anfang Februar soll der italienische Außenminister Grandi nach Warschau kommen. Es soll sich dabei um einen Gegenbesuch für den Aufenthalt des polnischen

Außenministers in Rom handeln. Grandi wird als Gast der polnischen Regierung zwei bis drei Tage in Warschau verbleiben.

„Das Liberum Veto der Herren Starosten.“

Unter diesem Titel schreibt der „Robotnik“: Einige Starosten der Wojewodschaft Lemberg und Kielce haben es für angezeigt gehalten, öffentlich ihre Unzufriedenheit wegen der Entlassung des früheren Innenministers Generals Slawoj Skladkowski kundzugeben. Subsidiumsbesuchen wurden von Verfammlungen von Starosten an Herrn Skladkowski abgesandt, die einen ausgesprochen politischen Charakter tragen. Sie richten sich gegen den Beschluß des Sejms, in dem der Rücktritt des Kabinetts Switalski gefordert wurde, und gegen die Entscheidung des Staatspräsidenten, der Herrn Skladkowski außerhalb des neuen Kabinetts beließ. Die öffentliche Meinung des Landes wird diese Kundgebungen so verstehen und so wird sie auch die öffentliche Meinung im Auslande verstehen. Aber man müsse bedenken, daß das Liberum Veto der Herren Starosten die Anarchie bedeutet. Wenn die Herren Starosten in Gemeinschaft mit den beiden Wojewoden den politischen Kampf beginnen wollen, dann müssen sie rechtzeitig aus dem aktiven Staatsdienst austreten.

Gesetz gegen die Wahlmißbräuche von Beamten.

Vor kurzem ist dem Sejm von den Linksparteien und dem Zentrum ein Gesetzesentwurf zugegangen, der sich gegen die Wahlmißbräuche in der staatlichen Verwaltung, nämlich von Seiten der Wojewoden, der Starosten, der Polizeikommandanten usw., richtet. Der Entwurf sieht sehr strenge Strafen für alle Beamten vor, die einen amtlichen Druck auf die Wähler ausüben. Am 22. d. M. hat die Rechtskommission des Sejms diese Angelegenheit beraten. Referent war der Abg. Libermann. Nach einer lebhaften Diskussion, in deren Verlauf sich die Abgeordneten des AW-Klubs scharf gegen den Entwurf aussprachen, nahm die Kommission den Entwurf in zweiter Lesung an. Die dritte Lesung findet am nächsten Montag statt. Am darauf folgenden Donnerstag wird dann der Gesetzesentwurf auf der Tagesordnung der Sejm-Sitzung stehen.

Urlaub für Czechowicz.

Warschau, 23. Januar. (Eigene Drahtmeldung.) Der Aufsichtsrat der Großgrundbesitzer-Bank (Bank Ziemiański) in Warschau hat dem Generaldirektor dieser Bank, dem ehemaligen Finanzminister Czechowicz, einen Erholungsurlaub gegeben. Czechowicz ist zur Kur nach Bad Reichenheim abgereist.

Deutsches Reich.

Böb will freiwillig zurücktreten.

Die Verhandlungen mit dem Berliner Oberbürgermeister Böb haben zu einem gewissen Ergebnis geführt. Böb hat sich bereit erklärt, sein Amt sofort niederzulegen, wenn er die ihm gesetzlich zustehende Pension erhält. Auch der Oberpräsident der Provinz Brandenburg hat sich mit dieser Lösung einverstanden erklärt.

Da Böb ein jährliches Gehalt von 38 000 Mark bezieht, würde er bei seiner Pensionierung etwa 28 000 Mark als Pension behalten. Gegen die Höhe werden neuerdings von der Wirtschaftspartei Einwendungen gemacht, die eine Kürzung der Pension fordert. Die endgültige Regelung ist daher neuen Verhandlungen in den nächsten Tagen vorbehalten.

Abbruch der Südpol-Expedition.

Byrd verlangt dringend Hilfe.

Nach einer Meldung Berliner Blätter aus New York erhielt ein Radiomateure in Salemstadt im Staate Ohio, der mit der Byrd-Expedition drahtlose Verbindung aufrechterhält, einen Funkpruch, daß das Polarschiff „City of New York“ bei dem Lager der Expedition eingetroffen sei. Der Abbruch der Station in Little America erfolgte in aller Eile. Die Expedition dürfte sich bereits nach wenigen Tagen einschiffen, da das Sommerende, also das Zufrieren des Ross-Sees zu befürchten ist.

Die Richtigkeit dieser Meldung wird durch folgendes Newyorker Telegramm bestätigt:

Newyork, 24. Januar. (Eigene Drahtmeldung.) Das amerikanische Staatsdepartement hat sich an die norwegische

und an die englische Regierung gewandt mit der Bitte, alle verfügbaren Walfischfänger zur Hilfeleistung für die Byrd-Expedition einzusetzen. Diese Bitte ist auf Grund einer Mitteilung des Admirals Byrd ausgesprochen worden. Darin heißt es, daß die Hilfsschiffe spätestens bis zum 5. Februar in der Nähe des Expeditionsalters eintreffen und alle Expeditionsteilnehmer abgeholt sein müssen, da sonst keine Gewähr für freie Durchfahrt mehr bestehe. Die Vorräte sind bereits recht knapp geworden und es stehe zu befürchten, daß bei einer Überwinterung Nahrungsmittelmangel eintreten würde. Wegen der starken Eismauer könne das Expeditionsschiff nur mit Hilfe größerer Schiffe das Meer erreichen. Die britische und norwegische amtliche Stelle habe versprochen, alles zu tun, was in ihren Kräften steht.

Die „Monte Cervantes“ verloren.

Wie aus Newyork gemeldet wird, ist das deutsche Schiff „Monte Cervantes“, eines der großen Passagierschiffe der Hamburg-Südamerikanischen Dampfschiffahrtsgesellschaft, in der Magalhaesstraße auf einen Felsen aufgelaufen. Die Passagiere und Mannschaften wurden sämtlich von dem argentinischen Truppentransportdampfer „Vicent-vibel Lopez“ übernommen, der dem deutschen Schiff zu Hilfe eilte, nur die Offiziere blieben an Bord des „Monte Cervantes“. Die Passagiere des Schiffes waren meistens Touristen aus Buenos Aires, die eine Rundreise durch Südamerika unternahmen.

Der Kapitän des Schiffes sah sich gezwungen, seiner Reederei zu melden, daß das Schiff verloren sei. Der Unfallort liegt etwa acht Seemeilen von Ushuaia entfernt. Das Schiff befand sich auf der ersten Ausreise in diesem Jahre. Dem Kapitän standen für die Infolge des Korallenreichtums an der dortigen Küste besonders gefährliche Fahrt drei argentinische Boote zur Verfügung.

Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unsern Mitarbeitern wird strengste Verschwiegenheit angedeutet.

Bromberg, 24. Januar.

Wettervorhersage.

Die deutschen Wetterstationen künden für unser Gebiet wechselnde Bewölkung und leichte Zunahme des Frostes an.

Ein Sohn erschießt seine Mutter und versucht dann sich selbst das Leben zu nehmen.

Eine schreckliche Tragödie hat sich gestern gegen 5 Uhr nachmittags im Hause Polenerstraße 22 zugetragen. Die dort wohnhafte 57jährige Frau Kazimiera Gochman hatte ihrem 17jährigen Sohn Edward Vorhaltungen über seine leichtsinnige Lebensweise gemacht. Es kam aus diesem Anlaß zu einem Wortwechsel, in dessen Verlauf der entartete Sohn plötzlich eine Mauserpistole zog und einen Schuß auf seine Mutter abgab. Die Kugel drang der unglücklichen Frau unterhalb des Herzens in den Leib und führte in wenigen Minuten den Tod herbei.

Als der Muttermörder sah, was er angerichtet hatte, richtete er die Waffe gegen sich selbst. Er brachte sich einen Schuß unterhalb der Rippen und einen zweiten in die Schläfe bei. In schwer verletztem Zustande wurde er in das Krankenhaus eingeliefert, wo er mit dem Tode ringt.

Das Banditentumwesen im Kreise Jaroschin.

Ein Herr und eine Dame aus Berlin weilten auf Schloß Dešno im Kreise Jaroschin zum Besuch ihrer Verwandten. Als das Paar in der Nacht zu Dienstag mit einem Wagen nach Jaroschin fuhr, um den Zug nach Berlin zu erreichen, fiel, als der Wagen an einem Wäldchen vorüberfuhr, zu ihrem Entsetzen ein Schuß aus dem Gehölz. Die Kugel ging über die Köpfe der Wageninsassen hinweg. Der Autofahrer trieb die Pferde zu größter Eile an, doch schon wurde der zweite Schuß abgegeben, der glücklicherweise wieder keinen nennenswerten Schaden anrichtete, sondern lediglich einen Sitz durchbohrte. Nun verschwand der Bandit im Dunkel der Nacht.

Die Mieschkower Polizei, der der Vorfall bald gemeldet wurde, begab sich sofort an den Tatort, um die erforderliche Untersuchung einzuleiten. Hier stellte es sich heraus, daß der Täter mit dem Rade nach dem Wäldchen gekommen war und Stiefel mit Gummikappen getragen hatte. Die Radspur wurde verfolgt, und es zeigte sich, daß sie nach einem Vorwerk der Herrschaft Dešno führte, wo sie vor dem Hause eines Mannes namens Josef Bak aufhörte. Die eingeleitete Revision ergab, daß man den Täter vor sich hatte. Man fand nämlich das Rad, die mit Gummi beschlagenen Stiefel und einen 12-Zentimeter-Trommelrevolver russischen Typs mit noch einer geladenen Patrone und zwei Hülsen, von denen festgestellt werden konnte, daß sie vor spätestens einigen Stunden abgeschossen worden waren. Diese Verdachtsmomente rechtfertigten eine sofortige Verhaftung.

Bak mußte mit auf das Polizeibureau Mieschkow wandern, wo er einem ersten Verhör unterworfen wurde. Er bestritt jedoch hartnäckig, die Tat ausgeführt zu haben. Nachdem er aber 30 Stunden lang gefesselt hatte, kam er zur Einsicht, daß ein Bekenntnis zwecklos wäre, und er gestand. Nun wurde er dem Gericht in Jaroschin überwiesen. Als Motiv für seine Tat gab er Rache an. Wie noch vermutet wird, sollen auch andere Personen in diese Angelegenheit verwickelt sein.

Ein anderer Fall wird aus Neustadt a. B. gemeldet. Am Sonntag erschien ein Dienstmädchen auf der Polizei und gab zu Protokoll, daß es auf dem Wege von Neustadt nach Kolnietz von einem Manne überfallen worden wäre, der sich sichtlich schwer an ihr vergangen habe. Die Polizei nahm daraufhin einen Mann fest, den Überfall auszuführen hat und den man verdächtige, den Überfall auszuführen zu haben. Das Mädchen wollte in dem Verhafteten geführte zu haben. Im Verhör vor dem Jaroschiner Gericht aber konnte er nachweisen, daß er sich zur Zeit der Tat an einem ganz anderen Orte aufgehalten habe. Er wurde freigelassen, während die Polizei eifrig weiter arbeitet, um diese dunkle Angelegenheit zu klären.

§ Ausgaben der polnischen Städte 1928/29. Auf den Kopf der Bevölkerung stellten sich die Ausgaben der pol-

nischen Städte im Jahre 1928/29 wie folgt: In Städten unter 10 000 Einwohnern auf 28,44 Zloty, in Städten mit 10—25 000 Einwohnern auf 41,22 Zloty, in Städten mit 25—50 000 Einwohnern auf 51,15 Zloty, in Städten mit mehr als 50 000 Einwohnern auf 85,27 Zloty. — Nach dem Budget 1927/28 schwankten die Ausgaben pro Kopf der Bevölkerung in den aus dem Kreisverband nicht ausgeschiedenen Städten zwischen 19,09 Zloty in den Zentralwojewodschaften und 33,37 Zloty in Westpolen, in den Kreisstädten zwischen 35,34 in den Zentralwojewodschaften und 71,54 Zloty in Westpolen. — Die Verwaltungsausgaben stellten sich im Durchschnitt auf 20,1 Prozent, sie schwanken je nach Größe und Lage der Stadt zwischen 17—34 Prozent. Von anderen Ausgaben stehen den Budgets 1928/29 zufolge an erster Stelle Ausgaben für das Gesundheitswesen mit 14,8 Prozent, es folgen Wohlfahrtspflege mit 12,5 Prozent, kulturelle Zwecke mit 11,5 Prozent, Schulden tilgung mit 11,3 Prozent, Wegebau mit 10,1 Prozent.

§ Postämter in den Volksschulen. Das Post- und Telegraphenministerium beginnt jetzt damit, in den verkehrsreichen Orten die Volksschulleiter mit der Führung der Postamtsgeschäfte zu betrauen, wofür die Schulleiter eine besondere Entschädigung erhalten.

§ Neue 10-Zlotyscheine. Die Bank Polst bringt vom 30. Januar d. J. ab neue Zehn-Zlotyscheine mit der Unterschrift des Bankpräsidenten Dr. Wladyslaw Brodzki und dem Datum des 20. Juli 1929 in den Umlauf. Außer den oben genannten Einzelheiten besteht zwischen den neuen Scheinen und den bisherigen kein Unterschied.

§ Kinovorstellungen in Eisenbahnzügen. Das Warschauer Verkehrsministerium befaßt sich zurzeit mit einer Offerte die in Fernzügen kinematographische Aufführungen veranstalten will. Den Eisenbahnzügen müßte ein besonderer Wagon mit einem Lichtspieltheater für mehrere Personen angeschlossen werden. Bisher ist man sich noch nicht einig darüber, ob dieser Kino-Eisenbahnwagen, ähnlich wie bei den Schlaf- und Speisewagen, Eigentum der Gesellschaft oder der polnischen Eisenbahnverwaltung sein wird.

§ Selbstmord durch Erhängen beging an der Türflanke ihrer Wohnung im Hause Gorbunierstraße 25 die 85jährige Agnes Rybacka. Als Grund zu der traurigen Tat wird Nervenzerrüttung angenommen.

§ Festgenommen wurden im Laufe des gestrigen Tages eine Person wegen Diebstahls und eine wegen Trunkenheit.

Vereine, Veranstaltungen etc.

D. G. f. A. u. B. Montag, den 27. 1., abends 8 Uhr, im Zivilsajno: Meiner-Konzert-Orchester von Meiner (Violin). am Blüthner-Pflege: Prof. Ed. Bachm. Berlin. Vorverkauf Buch. G. Secht Nachf. (1939)

v. Argentan (Gniemkovo), 23. Januar. Der heutige Wochenmarkt war wieder reichlich besetzt und besetzt, namentlich Butter und Eier waren genügend vorhanden. Man zahlte für das Pfund Butter 1,80—2,20, für Eier 2,40 bis 2,60. Für Gemüse und Obst wurden gezahlt: Apfel 0,80 bis 1,20, Mohrrüben 0,20—0,25, Weißkohl 0,15—0,20, Rotkohl 0,20—0,25, rote Rüben 0,20, Wirsingkohl 0,15—0,20, Braten 0,15, Suppengrün 0,20, Zwiebeln 0,15—0,20, grüne Serringe 0,40—0,50 pro Pfund. Auf dem Geflügelmarkt zahlte man für Gänse 12—15, Enten 6,50—7,50, Puten 12 bis 14, Hühner 4,50—5, Tauben 0,80—1 das Stück. Kartoffeln wurden mit 3 Zloty der Zentner angeboten. — Die Jahrmärkte im Jahre 1930 finden hier selbst wie folgt statt: Pferde-, Vieh- und Krammarkt am 4. Februar, Pferde- und Viehmarkt am 1. April und 1. Juli, Pferde-, Vieh- und Krammarkt am 5. August, Pferde- und Viehmarkt am 7. Oktober, und Pferde-, Vieh- und Krammarkt am 2. Dezember.

* Znin, 24. Januar. Grauenhafter Frauenmord. Im Nuß bei Geton, Kreis Znin, fand man die Leiche einer Frau, der Kopf und Beine abgehakt sind. Der unbekannte Täter hat die Frau zunächst mit einem Beil ermordet und darauf, um die Spuren zu verwischen, ins Wasser geworfen. Die Leiche lag bereits zwei Wochen im Wasser.

* Wschmin (Rosmin), 24. Januar. Vor dem Wojewodschafts-Verwaltungsgericht sind die durch den Vorstand der Hausbesitzer angeforderten hiesigen Stadtverordnetenwahlen für ungültig erklärt worden.

* Drowo, 24. Januar. Vor dem Wojewodschafts-Verwaltungsgericht sind die von der Nationalen Arbeiterpartei angeforderten Stadtverordnetenwahlen am Freitag für gültig erklärt worden. Gegen den Beschluß hat die Partei, die durch die Abgeordneten Hoffmann und Sleschinski vertreten ist, nach Warschau an das Oberste Verwaltungsgericht Berufung eingelegt.

* Grätz (Grodzisk), 23. Januar. Rätselhafter Überfall. Unweit von Grätz schlug von einem aus der entgegengesetzten Richtung auf der Chaussee kommenden Wagen der Kutscher dem Chauffeur eines Gräzer Kraftwagens so heftig mit der Peitsche in die Augen, daß dieser seinen Wagen zum Stehen bringen mußte. Dann sprangen drei Männer vom Wagen und mißhandelten den Insassen des Autos, Fabians Balicki aus Grätz bis zur Bewußtlosigkeit. Darauf entkamen die Täter in ihrem Wagen.

* Posen (Poznan), 24. Januar. Abtransportiert wurden heute 41 Strafgefangene aus dem hiesigen Gefängnis nach Wronke. — Der 32 Jahre alte Josef Kortus aus Grätz fiel aus einem Wagen der Straßenbahnlinie 4 so unglücklich, daß ihm die Räder einen Teil seines Fußes abschnitten. Er wurde in das Stadtkrankenhaus geschafft. — Die Buchhalterin Janina Dutkiewicz, 36 Jahre alt, kam auf der Treppe zu Fall und brach ein Bein im Knöchelgelenk. Sie wurde ebenfalls in das Stadtkrankenhaus geschafft. — Selbstmord verübt hat durch Erhängen der Arbeiter der Hauses Niegolewski 14 (fr. Augustastr.) Kierznowski. Die Leiche wurde in die städtische Leichenhalle gebracht. — Gefunden wurde gestern nachmittag auf dem Hauptbahnhof ein zweijähriger Knabe, der von einem Manne hinterlassen worden war. Das Kind wurde im Stadtkrankenhaus untergebracht.

* Borek, 21. Januar. Vom Zuge zertrümmert wurde auf der Linie Jaroschin-Lissa, unweit Borek, das Fuhrwerk des Landwirts Grabarski aus Gostyn. Der Kutscher erlitt einen Beinbruch.

* Wronke, 21. Januar. Illegaler Grenzverkehr. Auf dem Grenzzipfel des Inspektors Wronke sind zahlreiche Personen angehalten worden, die die Grenze illegal überschritten haben. Geschmuggelte Waren im Werte von 1500 Zloty wurden bei ihnen beschlagnahmt.

Aus dem Stadtparlament.

Bromberg, 24. Januar 1930.

Die gestrige Sitzung der Stadtverordnetenversammlung wurde um 17 Uhr vom Vorsitzenden Beyer eröffnet. Auf der Tagesordnung stand die Wahl der Kommissionen und Deputationen. Im Auftrage der Wahlkommission referierte Stadtv. Fiedler und berichtete, daß die Zahl der Mitglieder der einzelnen Kommissionen verkleinert wurde, daß man die Baukommission vollständig gestrichen, dafür aber die Zahl der Mitglieder der Hochbaukommission von 3 auf 5 erhöht habe. Die Versammlung erklärte sich mit diesen Vorschlägen einverstanden. Als erste Kommission wurde die Finanzkommission, die die Beratung der Budgetfragen zur Aufgabe hat, gewählt. Sie setzt sich aus 13 Stadtverordneten zusammen. Der Stadtv. Wund von den Unabhängigen Sozialdemokraten stellte, nachdem der Referent die Vorschläge der Kommission der Versammlung unterbreitet hatte, fest, daß sein Klub nicht einen Vertreter in dieser Kommission habe. Durchaus gerechtfertigt war seine Forderung, auch einen Vertreter seines Klubs in die Kommission zu wählen, da dadurch, wie er richtig begründete, die Arbeit der Versammlung erleichtert werden würde. Was nämlich die Unabhängigen sonst in der Kommission schon zur Aussprache bringen könnten, würde erst in der Hauptversammlung zur Sprache kommen und die Debatte sehr in die Länge ziehen. Er schlug vor, statt des Stadtv. Wundowski den Stadtv. Wund in die Kommission zu wählen. Der Antrag wurde nicht angenommen, ebenso nicht der Antrag, in die Rechnungskommission ein Mitglied der Partei des Redners zu wählen. Darauf verließen die Unabhängigen zum Zeichen des Protestes den Saal.

Eine etwas erregte Aussprache

gab es bei der Wahl der Schuldeputation, die sich aus vier Stadtverordneten und dreizehn Vertretern der Bürgerschaft zusammensetzt. Die Kommission hatte als Vertreter der Versammlung u. a. den Stadtv. Jendryke vorgeschlagen. Die Nationale Arbeiterpartei verlangte, daß statt des genannten deutschen Stadtverordneten ein Vertreter ihrer Partei, und zwar Stadtv. Faustyniak in die Kommission gewählt werde. Stadtv. Jendryke protestierte gegen diesen Vorschlag und verwies darauf, daß seit zehn Jahren kein deutscher Stadtverordneter in diese Kommission gewählt worden sei und so die große Zahl der deutschen Kinder und deren Eltern keine Vertretung ihrer Interessen haben. Stadtv. Matuzewski unterstützte die Ausführungen des Vorredners und forderte, nicht die gleichen Fehler zu begehen, wie man sie früher auf der Gegenseite begangen habe. Er verlangte Toleranz bei der einen Seite, die der Loyalität der anderen Seite ermäßigende sollte, mitarbeiten im Interesse des Allgemeinwohls. Der Stadtv. Fiedler erklärte (wie er nach der Diskussion noch einmal ausdrücklich betonte, als Stadtverordneter und nicht als Referent!), daß die deutsche Bürgerschaft sich nicht benachteiligt fühlen könne, da unter den noch zu wählenden deutschen Vertretern ein evangelischer Pastor und ein anderer deutscher Herr, der Abg. Bankraß, auf der Kandidatenliste stünden. Bei der Abstimmung wurden für Faustyniak 22 und für Jendryke 14 Stimmen abgegeben. Darauf ergriß letzterer zu einer Erklärung das Wort, in der er unterstrich, daß

in Deutschland 90 Minderheitenschulen gegründet worden seien, in denen Lehrer polnischer Nationalität und polnischen Staatsangehörigkeit vom preussischen Kultusministerium angestellt und bezahlt werden, daß man hier aber mit aller Gewalt einen deutschen Lehrer von dieser Kommission fernhalten wolle.

Diese Erklärung rief große Entrüstung auf seitens der Rechten hervor und der Stadtverordnete und nationaldemokratische Abgeordnete Lewandowski erklärte mit viel Pathos, daß er bereit sei, 100 Zloty sofort zu bezahlen, wenn ihm nachgewiesen werden könne, daß 90 polnische Schulen in Deutschland gegründet worden seien. Diese Worte lösten auf den Reihen der deutschen Stadtverordneten Zurufe wie „Ausgezeichnet!“ „Die Wette ist schon verloren“, „Zahlen muß er!“ aus. (Der deutschen Fraktion wird es ein Vergnügen sein, den Stadtverordneten gelegentlich an die Begleichung dieser Wette zu erinnern. Die Red.) Interessant war übrigens in diesem Zusammenhang, wer als der Vertreter der deutschen evangelischen Geistlichkeit in dieser Kommission genannt wurde. Es ist Pastor Kahane, der Geistliche der kleinen polnisch-lutherischen Gemeinde, die zu den großen deutsch-evangelischen Gemeinden in gar keinem Verhältnis steht. Von den deutschen Stadtverordneten wurde Pastor Geseff vorgeschlagen, jedoch fand dieser Vorschlag nicht die Billigung der Versammlung. Somit ist Abg. Bankraß als einziger deutscher Vertreter in dieser wichtigen Kommission.

Die Erledigung der übrigen Kommissionswahlen ging glatt vonstatten. In die Finanzkommission kamen von der Deutschen Fraktion die Stadtverordneten Jendryke und Wiese, in die Rechnungskommission Stoll und Dzierzila, in die Regulativkommission und die Verifikationskommission Jendryke; in die Revisionskommission Stadtv. Wiese, in die Revisionskommission für das Elektrizitätswerk Jendryke, in die Revisionskommission für den städtischen Fuhrpark Winiacki, in die Gasanstaltsdeputation Römer, in die Hochbaukommission Rehbein, in die Feuerwehredeputation Seyke, in die Deputation für die städtischen Gartenanlagen aus den Reihen der Bürgerschaft Gärtnermeister Böhme, in die Deputation für städtisches Eigentum Rehbein, in die Schuldeputation Wiese, oben erwähnt aus den Reihen der Bürgerschaft Abg. Bankraß, in die Museumsdeputation Seyke und in die Spitaldeputation Dr. Eckert. Für die Deputation des Elektrizitätswerkes wurde anstelle des Stadtv. Julian Sokolowski der Stadtv. Rehbein vorgeschlagen; der Antrag wurde jedoch nicht angenommen.

Nach Erledigung eines Dringlichkeitsantrages zur Aufnahme von Straßenpflasterungen, um Arbeitslosen Beschäftigung zu geben, wurde die Sitzung geschlossen.

Chef-Redakteur: Gotthold Starke; verantwortlicher Redakteur für Politik: Johannes Kruse; für Handel und Wirtschaft: Hans Wiese; für Stadt und Land und den übrigen unpolitischen Teil: Marian Seyke; für Anzeigen und Nekrologien: Edmund Praggobski; Druck und Verlag von A. Dittmann, G. m. b. H., sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten einschließlich „Der Hausfreund“ Nr. 20.

Bromberg, Sonnabend den 25. Januar 1930.

Pommerellen.

24. Januar.

Graudenz (Grudziadz).

× Der 23. Januar (der Gedenktag des vor 10 Jahren erfolgten Einmarsches der polnischen Truppen in Graudenz) wurde in der Weise äußerlich kenntlich gemacht, daß nachmittags 2 Uhr alle Feuer sirenen in Tätigkeit gesetzt wurden. Gleichzeitig hißte man an der Freitreppe des Rathauses zwei Fahnen in den nationalen Farben, und von der Galerie des Stadthauses spielte eine Militärkapelle die Nationalhymne. Während dieses Aktes hatten der Stadtpräsident und andere Behördenvertreter auf dem Treppenaussatz Aufstellung genommen. Abends 7 Uhr wurde in der katholischen Pfarrkirche aus Anlaß des Tages ein feierliches Teedeum gehalten. Öffentliche und viele Privatgebäude trugen Flaggen schmuck, und auf dem Marktplatz war bei dem mit den staatlichen Hoheitszeichen geschmückten Denkmalsfeld die bekannte grolandartige Dekoration errichtet. — Einen Mißklang riefen nach Verlauf der Feier am Rathaus Arbeitslose hervor, die sich auf dem Markt versammelt hatten und dort, als sie des auf dem Wege nach Hause befindlichen höchsten Würdenträgers der Stadt ansichtig wurden, in arbeitsherrliche Rufe ausbrachen. Auch andere Menschenmengen, die von dem Rathaus zurückkehrten, blieben, durch das Auftreten dieser Arbeitslosen angelockt, stehen, so daß sich ein großes Getümmel entwickelte, das die Polizei schließlich zerstreuen konnte. — Die Donnerstag-Unruhen hatten ihren eigentlichen Anfang bereits am Vormittag genommen, als trotz des Verbots der Polizei, beim Restaurant „Flora“ eine Arbeitslosenversammlung unter freiem Himmel abzuhalten, dennoch dort eine solche stattfand. Die Polizei, die davon Kenntnis erhielt, erschien sofort und versuchte, die Versammlung zu zerstreuen. Sie wurde attackiert und mit Steinen beworfen, so daß sie mittels mitgebrachter Schläuche, die an Hydranten geschraubt wurden, die Versammlung auseinandertrieb. Einige Schutzeleute erlitten bei diesen Reibereien Kontusionen. Darauf zogen die Arbeitslosen durch die Straßen, wo sie von der Polizei zerstreut wurden, aber sich dann stets wieder an anderen Punkten versammelten. Zu dem Hausen Erwerbsloser gesellten sich, wie stets, zahlreiche müßige Gaffer. Den ganzen Tag über dauerten die Menschenansammlungen an, besonders auf dem Marktplatz. Die Polizei, die in energischer, aber besonnener Weise auftrat, ließ es zu irrenden Ausbreitungen nicht kommen. Zu bedauern ist besonders, daß man selbst kleinere Kinder unter den Straßengängern sieht, die zur Freude minderwertiger Gesellen durch aufreizende Rufe die Sicherheitsbehörden reizen. Kein Wunder, wenn diesen dann auch mal der Geduldsfaden reißt und sie vielleicht schärfer zugreifen müssen, als es die peinliche Situation erfordert. Indessen ist es diesmal im ganzen ohne große Ausschreitungen abgegangen, wenigstens das Ganze zeitweise recht bedrohlichen Anschein hatte.

× Der Sportklub Graudenz hielt Mittwochabend im Gemeindehause seine diesjährige Hauptversammlung ab. Nach Begrüßung der zahlreichen Erschienenen durch den Vorsitzenden, Fabrikbesitzer Duday, erstatteten die Obmänner der einzelnen Klubabteilungen ihre Berichte über das verlossene Vereinsjahr. Daraus ist u. a. hervorzuheben, daß in den verschiedenen Gruppen im allgemeinen reger Betrieb und stete Fortentwicklung zu konstatieren war. Nach dem Jahresbericht gab der Vorsitzende einen weitreichenden Rückblick auf das verlossene Jahr, das natürlich auch für den Sportbetrieb unserer Volksgenossen von einschneidender Wirkung gewesen ist. Notwendig war ein Zusammenschluß der deutschen Sportvereine zu einem Verein, abgesehen vom Ruderverein, der noch als besonderer Verein für sich bestehen geblieben ist. Nach schwerem Anfang zeigten sich dank treuem Zusammenhalten und eifriger Liebe zum Sport schätzenswerte Erfolge. Die Arrangements zum Sport des eigenen Sportplatzes seien, so teilte der Vorsitzende mit, auf dem besten Wege. Gemäß dem vom Kassierer Niebold erstatteten Kassenericht beruht die Einnahme 7340,97, die Ausgabe 6641,01 Zloty; es verbleibt somit ein Kassenbestand von 699,96 Zloty. Die Kasse ist in vorzüglicher Ordnung befunden worden, so daß dem Kassierer Entlastung erteilt wurde. Bei der Vorstandswahl wurden einstimmig folgende Herren gewählt: Duday zum ersten, Meyer zum zweiten Vorsitzenden, A. Holz zum 1. Schriftführer, Niebold zum ersten, Ehrlich zum zweiten Kassensführer, Dr. Gramse zum Sportwart, Silgendorf zu dessen Vertreter. Es folgte noch die Wahl der Abteilungsobmänner und deren Vertreter. Dem Sportskameraden Krumm, der im Juli v. J. auf eine 25jährige Wirksamkeit als Jünger Jahns u. J. auf eine 25jährige Wirksamkeit als Jünger Jahns zurückblicken konnte, wurde, zugleich in Anerkennung seiner um das Turnwesen des Sportklubs erworbenen Verdienste, das Gedenkzeichen vom Vorsitzenden überreicht. Von Dr. Gramse wurde die öftere Veranstaltung von Geländelaufen angeregt, von Direktor Silgendorf auf das im Sommer d. J. in Rawitz stattfindende Verbandsturnfest hingewiesen und zu reger Vorbereitung für die Teilnehmer daran aufgefordert.

Bereine, Veranstaltungen etc.

Deutsche Bühne Grudziadz. Morgen, am Sonntag, dem 26. 1., nachmittags 3 Uhr, zum letzten Male das Lustspiel „Arm wie eine Kirchenmaus“ in der vorzüglichsten hiesigen Besetzung. (1069) * Konzert. Auf das große Orchester-Konzert bei der letzten Aufführung von „Arm wie eine Kirchenmaus“ am Sonntag nachmittags 3 Uhr im Gemeindehause wird nochmals hingewiesen. Das köstliche, vorzüglich geistvolle Lustspiel erfährt dadurch noch eine angenehme Bereicherung. (1358) *

Thorn (Toruń).

× Die Burgstarkstei (Starożywo Grudzie) für Thorn wird ihre Büroräume im Hause Mellienstraße (Mickiewicz) 5 beziehen.

× Über verpörrte Postzustellung werden immer wieder Klagen laut. Ein besonders trasser Fall kommt uns durch eine hiesige Firma zur Kenntnis. In Kunde aus dem etwa

1½ Bahnstunden entfernten Goplershausen (Zablonowo Pom.) brachte am Donnerstag, dem 16. Januar, abends, eine Briefbestellung zur Post. Dieser Brief wurde dem Thorner Adressaten erst am Dienstag, dem 21. Januar, nachmittags, durch den Briefträger übergeben. Er war also fast fünf volle Tage auf der kurzen Strecke unterwegs. Der Poststempel aus Zablonowo trägt das Datum 17. 1. 30 — 2, was vermutlich bedeuten soll, daß die Abfertigung an diesem Tage um 2 Uhr morgens erfolgte. Ordnungsmäßig hätte der Brief am Freitag, 17. Januar, vormittags, in Thorn ausgetragen werden müssen.

× Eisverstopfung. Obwohl die Weichsel in ihrem oberen Lauf fast eisfrei ist und ruhig fließt, hat seit einigen Tagen der Durchgangs-Transportverkehr aufgehört. Die Ursache der Betriebseinstellung sind riesige Ansammlungen von Eisschollen, die die Weichsel bei Jordon auf einem Raume von etwa 10 Kilometer bedecken und jeden Verkehr unmöglich machen.

An unsere Thorner Leser.

Um keine unliebsame Unterbrechung im Bezuge der „Deutschen Rundschau“ eintreten zu lassen und um dieselbe stets noch am Erscheinungstage zu erhalten, bitten wir Sie, Ihr Abonnement für den Monat Februar sofort bei einer der untenstehenden Ausgabestellen zu erneuern.

Hauptvertriebsstelle und Anzeigenannahme:
Annoncen-Expedition Julius Wallis, Szeroka 34 (Breitestraße).

Ausgabestellen:

- Altstadt:** Kaufmann E. Szymanski, Heilige Geiststraße.
„ Seifengeschäft „Seimchen“ (R. Herwich), Baderstraße, Ecke Breitestraße.
Neustadt: Kaufmann Siedlung, Neust. Markt, Ecke Tuchmacherstraße.
Bromberger Vorstadt: Milchhalle Bark, Bromberger-Str. 60.
Kaufmann Ernst Wiesner, Mellienstraße 111.
Hrl. D. Kieme, Mellienstr. (ul. Mickiewicz) 80.
Culmer Vorstadt: Friseurgeschäft Mailach, Chelminska 34 (Culmer Chaussee) 44.
Moder: Badermstr. Haberland, Graudenzstr. 170.
Kaufmann Janiszewski (J. Ruttner Nachf.), Graudenzstr. 95.
„ Firma Raciniowski, Kolonialwaren-geschäft, Lindenstr. 12.
„ Badermeister Gehrig, Lindenstraße 64.
„ Badermeister Rudt, Konduttstraße 29.

k. Anwendung veralteter Methoden bei der Bestrafung von Kindern. Wie wir erfahren, bestraft die Abteilung für soziale Fürsorge beim hiesigen Magistrat Kinder im Alter von 14—16 Jahren im Falle der Vernachlässigung des Schulunterrichts mit Arrest, gestützt auf ein altes preussisches Gesetz. Angeblich verbüßen die Kinder diese Strafe in Gemeinschaft mit dem Auswurf der menschlichen Gesellschaft. Diese Strafen sollen im ausdrücklichen Auftrage der Abteilung für soziale Fürsorge angewendet werden. — Es ist selbstverständlich, daß der Aufenthalt der Kinder in solcher Gesellschaft sehr verderblich wirkt, was dem Strafzweck nicht entspricht. Eine Aufklärung seitens der obenbezeichneten Behörde wäre wünschenswert.

k. Sofortige Strafen für Übertretung der Vorschriften über den Militärdienst. Wie wir erfahren, haben die Militär-Magistratsbureaus und die Gemeindegemeinderäte die Ermächtigung zum Erlass sofortiger Strafmandate für leichtere Überschreitungen der Vorschriften über den Militärdienst erhalten. Die Verwaltungsstrafen werden auferlegt für Nichtanmeldung zur Militärregistrierung in der gesetzten Frist sowie für Unterlassung der rechtzeitigen Anzeige von der Änderung der Adresse.

k. Von der Heizung der Straßenbahnwagen. Das Publikum beschwert sich vielfach über die ungenügende Heizung der Straßenbahnwagen in der Winterszeit. Diesem Uebelstande müßte in allen Straßenbahnwagen durch Anbringung von elektrischen Heizkörpern abgeholfen werden, wie dies bereits bei den neuen Wagen der Fall ist. Diese Maßregel würde das Publikum vor Erkältungen schützen und zur Hebung der Frequenz beitragen. Wir geben dem

Thorn.



Wäschemangeln in allen Größen empfohlen
Falarski & Radaike
Szeroka 44 Toruń Stary Rynek 36
Tel. 561 16.06

1 großer **Dampfdrehsack** steht preiswert zum Verkauf. 1206
Max Krueger, Nieszawka, poczta Podgórzy, powiat Toruń.

Soya-Schrot 1099
Lein-Schrot
Raps-Schrot
Sonnenblumenkuchen
offeriere in jeder Menge ab meinem Lager zu günstigen Bedingungen
Zygmunt Kozakowski, Toruń
Mostowa 8 Tel. 67 u. 68

Auskunftei u. Detektivbüro „Kismada“
Toruń, Sukiennicza 2, II. erledigt sämtliche Angelegenheiten, auch familiäre, gewissenhaft und diskret. 1579c

„Montblanc“ Goldfüllhalter
Der Qualitäts-Füllhalter mit 14-kar. Goldfeder in allen Spitzenbreiten zu haben bei 1099c
Justus Wallis, Papierhandlung, Bürobedarf, Toruń.
Reparaturen sämtlich Goldfüllhalter-Systeme werden schnellstens ausgeführt.

1—2 möbl. Zimmer zu vermieten 464
Stowackiego 43, 3 Tr.

1ste Eau de Cologne
Parfums, Toilette-Seifen
empfehlen sich der Qualität wegen von selbst.

Wünsche an die Straßenbahndirektion um Einführung dieser nützlichen Einrichtung Ausdruck.

× Zu einer großen Arbeitslosen-Demonstration kam es Donnerstag vormittag hier selbst. Zwischen 10 und 11 Uhr vormittags versammelten sich auf dem Altstädtischen Markt (Stary Rynek) etwa 250—300 Personen, die in das Rathaus einzudringen versuchten. Das Einfahrtstor war aber geschlossen und wurde durch Polizei bewacht. So konnte sich nur eine Abordnung hineinbewegen, die von dem Vorsteher des Wohlfahrtsamtes empfangen wurde. Die Polizei versuchte inzwischen den Marktplatz freizumachen, und etwa um 11½ Uhr zog die Menschenmenge durch die Culmerstraße (Chelminska) zum Wojewodschaftsgebäude ab, während ein anderer Teil sich zum Arbeitsvermittlungsbüro in der Wallstraße (Walz) begab. Über die Ergebnisse der Verhandlungen ist noch nichts bekannt geworden. — Die Polizei war in großer Stärke aufgebogen, es soll jedoch nirgend Grund zu energischem Einschreiten vorgekommen sein.

× Wegen schwerer Körperverletzung, die er Wladyslaw Machowski aus der Baderstraße (Piekary) 45 zugefügt hatte, wurde der Kellner Alojz Sakwinski durch die Polizei verhaftet und dem Gericht zugeführt.

× Festgenommen wurden im Laufe des Mittwoch eine Frauensperson, ohne festen Wohnsitz, wegen Herumtreibens und gemeinlichlicher Unacht (sie wurde dem Gericht zugeführt), ferner zwei Männer wegen Trunkenheit und Ausschreitungen.

v. Podgorz, 23. Januar. Die Stadtverordnetenversammlung wählte zum Vorsteher den Stadtverordneten Sierafin, zum ersten Stellvertreter J. Gildbrand, zum zweiten Stellvertreter E. Szempisz. Beisitzer wurden E. Wisniewski, Schriftführer Stadtkellner Nowak.

× Aus dem Landkreis Thorn, 23. Januar. Dem in Neßau (Mala Riezawka) wohnhaften Giesław Sniezewski wurde Gepäc mit Garderobenstücken im Werte von etwa 100 Zloty entwendet. Der Täter wurde ermittelt, der auf Grund telefonischer Benachrichtigung aus Bromberg verhaftet werden konnte. — Auf der Chaussee bei Wolfsserbe (Gronowo) wurde Mittwochabend der Radfahrer Viktor Skierki durch die Thorner Autodroßke Nr. 21 überfahren, die durch den Chauffeur Fritsche gesteuert wurde. E. erlitt einen Bruch des Schlüsselbeins und wurde durch das Auto sofort in das hiesige Krankenhaus eingeliefert. Der Chauffeur wurde bis zur Aufklärung der Angelegenheit festgenommen.

p. Neustadt (Wejherowo) 22. Januar. Holzverkauf. Die staatliche Oberförsterei Gora bei Neustadt verkauft am 29. d. M. von 10 Uhr ab im Gasthause Zylar in Sobienecze aus den Schutzbezirken Gora, Sobienecze und Nadole Ruch- und Brennholz im öffentlichen Licitationswege gegen Barzahlung. — Wie schon berichtet wurde, wurde in der Nacht vom 5. zum 6. November v. J. bei der Firma Cyrlaff hier ein Schaufenster zertrümmert und zwei Doppelrevolver und mehrere Revolver gestohlen. Heute hatten sich wegen dieses Einbruchs bzw. Hehlerei zu verantworten: Masalski, Charynko, Szumowicz, Stanislaus Marek und Matlakowski, die ersten vier 20—24jährig, letzterer über 30 Jahre alt, alle aus Gdingen und vorbestraft. Den Einbruch hat Masalski verübt, sein Helfer war Charynko. Die anderen Angeklagten, sowie auch Charynko, haben das Diebesgut teils abgekauft und weiter verkauft, wissend, daß dieses vom Einbruch herrührte, teils hat der Einbrecher es selbst „verschoben“. Bei der Vernehmung bekennt Masalski hartnäckig den Einbruch. Auch die anderen Angeklagten leugneten bis zur Zeugenvernehmung, daß ihnen von einer Diebstahlshehlerbande der Schußwaffen nichts bekannt war. Matlakowski beteuert, an dieser Sache nicht beteiligt gewesen

Graudenz.

Harmonium
gebraucht, auch reparaturbedürftig, zu kaufen gesucht. Offerten unt. B. 1372 an die Geschäftsstelle A. Ariedte, Grudziadz.

Wer gibt einem ewigen Mann, 25 J. alt, ledig, Anstaltsstelle als Diener. Kann auch ein Auto fñhr. Off. unt. B. 1371 an d. Geschäftsstelle A. Ariedte, Grudziadz.

Richtl. Nachrichten.
Sonntag, den 26. Jan. 30. (S. S. n. Epiph.)

Stadtmision Graudenz. Ogrodowa Nr. 9. Vorm. 9 Uhr: Morgenandacht. Nachm. 4½ Uhr: Jugendbündnisse. Abends 7 Uhr: Abendandacht. — Dienstag, nachm. 4 Uhr: Sternbündnisse. Donnerstags, abds. 7½ Uhr: Bibelkunde. Freitag, nachm. 4 Uhr: Kindergottesd. Abends 7½ Uhr: Gesangsstunde. — Sonnabend, abds. 7 Uhr: Psalmenstunde.

Deutsche Bühne Grudziadz G. B.
Sonntag, den 26. Januar 1930
nachmittags 3 Uhr im Gemeindehause
Fremden- und Volksvorstellung.
Zum unwiderruflich letzten Male!
„Arm wie eine Kirchenmaus“.
Zu Beginn der Vorstellung und in den Pausen
Großes Orchester-Konzert.
Eintrittskarten im Geschäfts-simmer
Mickiewicz 15. Telefon 35. 1067

Werbt für den Neubau des deutschen Gymnasiums in Graudenz. 1386
Werberundschreiben durch die
Geschäftsstelle des Deutsch. Schulvereins
Graudenz, Mickiewicz 15.

J. Bayer, Dragasz
Moderne Herrenschneiderei
Beste Verarbeitung. 15761 Solide Preise.

zu sein. Als erster Belastungszeuge bekundet der Kriminalbeamte Rzepinski in Gdingen, daß er beim Verhör festgestellt hätte, Masalski habe den Einbruch verübt und die Schußwaffen mit seinen Komplizen verkauft. Auch ein anderer Kriminalbeamter aus Gdingen gibt wesentliche Belastungsmomente an. Nachdem der Richter die Angeklagten nochmals zum Geständnis ermahnt hatte, gestand Charynko, daß M. der Hauptschuldige sei. Der Staatsanwalt beantragte für Masalski 1½ Jahre Zuchthaus, für Charynko 1 Jahr Zuchthaus, für Sumowicz 3 Monate Gefängnis, für Marek 5 Monate, für Matlakowski 8 Monate. Das Urteil lautete für den ersten Angeklagten auf 1 Jahr, den zweiten 3 Monate, den dritten 2 Monate, den vierten 4 Monate Gefängnis. Der fünfte Angeklagte wurde wegen Mangels an Beweisen freigesprochen.

Ch Konik (Gdajnice), 23. Januar. Vor dem hiesigen Schwurgericht hatte sich der Landwirt Albert Domke aus Mittel wegen schweren Sittlichkeitsverbrechens zu verantworten. Der Angeklagte überfiel in der Nähe des Waldes in Mittel zwei kleine Mädchen, an denen er sich schwer verging. Als die Kinder um Hilfe riefen, ergriff D. die Flucht und verschwand im Walde. Bald wurde der Wüstling gefaßt und stand nun vor den Schranken des Gerichts. Anfangs leugnete der Angeklagte, gab aber nach den Aussagen der Ärzte die Schuld zu. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu zwei Jahren Gefängnis.

h Solban (Dziadowo), 23. Januar. Ein Betrüger verhaftet. Wie bereits mitgeteilt wurde, versuchte ein Mann namens Rastemboriski aus Mlawo auf dem hiesigen Postamt mit einem gefälschten Postsparkassenbuch einen Betrag von 100 Zloty abzugeben, was ihm aber nicht gelang. Im letzten Augenblick gelang es ihm noch zu entfliehen. Dasselbe Manöver versuchte er dann auf dem Postamt in Płowo (Płowo). Dort hatte er mehr Glück, denn er erhielt 100 Zloty ausgehändigt. Die Polizei war aber auch nicht untätig, denn es gelang ihr bald, den Betrüger zu fassen und ins Gefängnis einzuliefern.

h Neumark (Nowemiasz), 22. Januar. Die staatliche Oberförsterei Mściu veranstaltete am Montag, 27. d. M., 10 Uhr vormittags, eine Holzverksteigerung in der Gastwirtschaft in Tomaszewo. Zum Verkauf kommt Kiefernholz aus den Schutzbezirken Kaluga und Bachtel, Verbstangen aus dem Revier Ditrów, sowie Kloben und Stubben aus den Revieren Wawrowice, Tegowice und Bachtel. Das Holz ist für lokale Bedürfnisse bestimmt und wird nur gegen sofortige Bezahlung abgegeben.

* Janórze (Seckreis), 23. Januar. Feuer brach am Sonnabend kurz nach Mitternacht auf dem Grundstück von Florian Weissert aus, das die Scheune mit den landwirtschaftlichen Maschinen einschloß. Die Flammen griffen auf einen in der Nähe befindlichen, dem Inhaber der Fabrik „Silvan“, Szulczewski, gehörenden Stall über, der gleichfalls niederbrannte. Der Gesamtschaden beträgt 10 150 Zloty. Die Polizei ermittelte, daß am Vortage des Brandes ein Mann namens Stanisław Wisniewski in der Ortschaft anwesend war, der heimlich in der abgebrannten Scheune übernachtet hatte. Es wurde sofort nach ihm gefahndet und noch am demselben Tage konnte er in Gdingen festgenommen werden. Beim Verhör bekannte er sich dazu, daß die Scheune angesteckt zu haben, und zwar aus Rache dafür, daß V. ihn auf der Straße um Rückzahlung einer Schuld von 40 Zloty angeprochen hatte. Der Brandstifter wurde dem Bürgergericht in Neustadt zugeführt.

Fortsetzung der Verfassungsdebatte.

Warschau, 22. Januar. (P.A.) In der weiteren Aussprache über die Verfassungsreform in der Verfassungskommission des Sejm ergriff das Wort der Abg. Kiernik (Piast), der erklärte, daß die Änderung der Verfassung nicht zur Unterhöhlung des Parlamentarismus, was er in dem Projekt des Regierungsklubs erblickte, sondern zu seiner Gesundung führen müsse. Zweifellos habe der Parlamentarismus krankhafte Erscheinungen gehabt, aber gerade deswegen solle man ihn heilen und nicht töten. Der Redner analysiert das Projekt des Regierungsklubs und sieht im Regierungslager Meinungsverschiedenheiten über die Frage der Kontrolle der Regierung durch das Parlament; er richtet an den Regierungsklub den Appell, die Ziele und Grundzüge zu vereinheitlichen, die er in seinem Projekt verwirklicht sehen möchte. Was die Macht des Präsidenten der Republik anbelangt, so ist der Redner für die Erhöhung seiner Autorität und die Vergrößerung seiner Berechtigungen, die gesunden Kompetenzen des Parlaments dürften darunter jedoch nicht leiden. Das Recht des Staatspräsidenten, Dekrete zu erlassen, dürfe nicht darüber hinausgehen, was bis jetzt anerkannt wurde. Auf die Immunität der Abgeordneten eingehend, erklärt der Redner, daß seine Partei für die Einschränkung der Verantwortlichkeit der Abgeordneten zu haben sei, sich aber nicht mit dem Projekt des Regierungsklubs einverstanden erklären könne, daß die Abgeordneten auf Verlangen des Justizministers sogar vor den Staatsgerichtshof zitiert werden könnten. Abg. Kiernik schließt mit der Erklärung, daß der Entwurf des Regierungsklubs in seinem gegenwärtigen Wortlaut nicht Gesetz werden dürfe. Der Piastklub habe sein Projekt aus formalen Gründen nicht vorlegen können. Jetzt aber werde ein Projekt zusammen mit der Christlichen Demokratie und dem Klub der Nationalen Arbeiterpartei eingebracht werden. Dieser Entwurf stelle ein Mittelglied zwischen dem Vorschlag des Regierungsklubs und der Linken dar, und bei gutem Willen werde das Werk der Verfassungsreform vollbracht werden können.

Im Anschluß hieran sprach der Abgeordnete Technicki vom Regierungsklub, der sich vor allem gegen den Vorwurf wandte, daß der Entwurf des Klubs der Zusammenarbeit mit der Regierung die Autorität des Sejm herabsetzen wolle. „Ob die bisherigen Sejms“, sagte der Redner, „auf der Höhe ihrer Aufgabe gestanden haben, darüber wird man erst in der Zukunft ein objektives Urteil bilden können. Die früheren polnischen Sejms vor der Teilung stehen bekanntlich in einem schlechten Andenken, aber einer hat ein geschichtliches Andenken hinterlassen, und zwar der vierjährige Sejm, der die Verfassungsreform durchführte. Auch unser Sejm wird, wenn er die Änderung der Verfassung erledigt, die hohe Autorität im Volke wiedererlangen können.“ Sodann wies der Redner den Vorwurf der Rechtlosigkeit zurück, die man mit den Mai-Ereignissen und damit, was darauf folgte, in Zusammenhang bringe. „Wir wissen doch“, meinte Herr Technicki, „aus der Geschichte, daß es Fälle gibt, in denen man auf legalem Wege gewisse Dinge nicht vollbringen kann. Hat doch auch der vierjährige Sejm entgegen dem Gesetz das Verfassungsgezet nicht ver-

Reger Seifen-Pulver und Seife sind in Qualität unerreicht!

1316

abschiedet. Uns handelt es sich darum, daß sobald als möglich normale Verhältnisse eintreten, und dies kann nur nach der Verfassungsreform erfolgen.

„Vor allem fehlt bei uns eine starke regierende Gewalt. Alle wissen, daß Polen vor großen Schwierigkeiten steht, die sowohl internationaler als auch wirtschaftlicher, kultureller und nationaler Natur sind. Das Fehlen einer solchen starken Gewalt, der Mangel an einer deutlichen Linie der Außenpolitik hat am meisten zum Zerfall des früheren Polens beigetragen und zur Folge gehabt, daß auf seinen Gebieten diese zwei Teilstaaten, Preußen und Moskau, emporgewachsen sind, die dann unsere Republik kürzten.“

„Die Frage der nationalen Minderheiten, und ich spreche hier vor allem von den slawischen Minderheiten, kann nur dank einer starken Macht der Lösung entgegengeführt werden. Es ist bezeichnend, daß der Regierungsklub eine so große Zahl von Mandaten in den Ost-

gebieten erlangt hat. Man behauptet, daß es dort einen großen Druck der Verwaltung gegeben hat, und daß diese Gebiete eine geringere Kultur aufweisen, doch diese Ansicht ist ungenügend. Vielmehr sehen wir, daß die Minderheiten es verstehen, daß, wenn sie im Polnischen Staate etwas erwarten können, dies in erster Linie von einer starken regierenden Macht bewerkstelligt werden kann. Wenn man sagt, daß man zu einer Reform lediglich durch die Gesetze und des Sejm gelangen müsse, so sind wir der Meinung, daß eine solche gründliche Gesundung des Sejm augenblicklich unmöglich ist. Es handelt sich darum, welche Kompetenzen man dem Sejm beläßt, und welche Rechte dem Präsidenten der Republik eingeräumt werden müßten. Diejenigen, die alles von der Gesundung des Sejm erwarten, legen große Hoffnungen auf die

Reform der Wahlordnung

Davon kann man nicht viel erwarten. Wir können doch nicht an eine so tiefgehende Änderung denken, daß man ganzen Klassen der Bevölkerung das Wahlrecht nimmt, oder daß man der Stimme Gehör schenkt, die den westlichen Teilen unseres Staates, die auf einem höheren Kultur-niveau stehen, eine privilegierte Stellung sichern will.

Die Macht des Präsidenten wollen wir vor allem durch seine direkte Wahl durch das ganze Volk moralisch stärken. Nur unter diesen Bedingungen kann die Bestimmung der Verfassung wirklich ausgeführt werden, daß der Präsident die Regierung ernannt, die ihm gegenüber verantwortlich ist. Dann können wir nicht an der Bestimmung festhalten, daß der Präsident sogar die Gesetze veröffentlichen muß, mit denen er nicht einverstanden ist. Der Staatspräsident muß das Vetorecht haben.

Nach einer Rede des Abg. Grünbaum wurde die Sitzung auf Sonnabend vertagt.

Das Schicksal des Handelsvertrages

nach den letzten Genfer Gesprächen.

Ein polnisches Stimmungsbild.

Der „Kurier Warszawski“ diente lange Zeit hindurch denjenigen Kreisen als Sprachrohr, die an der Fortdauer des Zollkrieges mit Deutschland interessiert waren. Das Blatt wirkte eifrig daran mit, Illusionen über die großen, bald zu realisierenden Expansionsmöglichkeiten der polnischen Industrie auf den Auslandsmärkten zu nähren. Inzwischen zeigte es sich immer deutlicher, daß die schweren Nachteile, die sich aus dem Mangel eines Handelsvertrages mit Deutschland für die polnische Volkswirtschaft ergeben, die kleinen schützöllnerischen Vorteile, die übrigens nur einem beschränkten Interessentenkreise zugute kommen, in gewaltigem Maße überwiegen. Diese Einsicht ist in den weitesten Kreisen vorherrschend geworden und hat eine dem Handelsvertrag günstige Stimmung geschaffen, deren Wirkung sich auch die chauvinistische Presse nicht zu entziehen vermag. Von einer Agitation gegen den Handelsvertrag, den vor allem die polnische Landwirtschaft so überaus nötig hat, ist keine Spur mehr vorhanden. Aber aus rein politischen Gründen überreißt die chauvinistische Presse das Maß von Zugeständnissen, das polnischerseits in den bisherigen Verhandlungen gemacht wurde und läßt es an der nötigen Objektivität bei der Beurteilung der Widerstände, die sich in Deutschland von agrarischem Gesichtspunkte aus gegen den Handelsvertrag mit Polen stark geltend machen, fehlen. Im Nachfolgenden führen wir einen solchen erschienenen Artikel des „Kurier Warszawski“ an, der ungeachtet einiger scharfer Ausfälle doch eine entschieden vertragsfreundliche Einstellung verrät. Das Blatt führt aus:

„Die Gespräche, die der Herr Minister Zaleski letzten in Genf mit dem Unterstaatssekretär im Berliner Auswärtigen Amt, Herrn von Schubert, über einen polnisch-deutschen Handelsvertrag geführt hatte, haben gewisse Resultate gezeitigt. Es zeigt sich, daß „trotz allem“ die Vertrags-Verhandlungen, die seit fünf Jahren erfolglos geführt wurden und sich seit einigen Wochen in einer besonders bedrohlichen Sachlage befinden, dennoch erneuert werden sollen.“

„Diese Nachricht ermangelt nicht einer gewissen Bedeutung. Als vor einigen Monaten Herr Hermes, der als Führer der deutschen Agrarier das größte persönliche Interesse am... Nicht-Abschluß des Vertrages hatte, vom Posten des Vorsitzenden der deutschen Delegation für die Verhandlungen mit Polen zurückgetreten war, schien es, daß Herr Kaufher, der das Erbe nach Herrn Hermes übernahm, bei seinem Beginnen glücklicher sein werde. Es zeigt sich aber, daß sogar der, wie es scheint, gute Wille des Herrn Kaufher nicht genügt zur Überwindung dieser antipolnischen Opposition, die in den leitenden und entscheidenden Kreisen besteht. In der ersten Hälfte des Dezember vorigen Jahres ist daher auch eine neue Unterbrechung eingetreten, die sich bis zum jetzigen Momente hinzieht. Die Deutschen wollen offensichtlich den Vertrag mit Polen gar nicht haben. Es wollen ihn nicht die deutschen Agrarier aus (natürlich eingebildeter) Furcht vor der „polnischen Konkurrenz“, es wollen ihn nicht die deutschen Nationalisten überhaupt, — denn es handelt sich um einen Vertrag mit Polen. Diejenigen Kreise aber, welche in den Vertrag einwilligen, sei es aus wirtschaftlichen Gründen (wie z. B. die Sozialisten), sei es aus der gesunden Überlegung heraus, die jedem Unvoreingenommenen lagen muß, daß es unmöglich sei, jahrelang im Zustande des Zollkrieges zu leben, haben gegenwärtig zu wenig Kräfte zur Bekämpfung der chauvinistischen Propaganda, um die Sache stärker in Gang zu bringen.“

„In der Epoche der Haager Konferenz, der Bildung der Internationalen Bank, des nationalistischen Plebiszits über den Young-Plan und überhaupt des verheerenden Kampfes zwischen der Rechten und der jetzigen Reichsregierung wegen der für Deutschland wichtigsten internationalen finanziellen Verpflichtungen, wagen die Anhänger des Handelsvertrages mit Polen (sofern es solche gibt) es nicht, allzuoft ihren Standpunkt in dieser Sache zu betonen. Das Resultat ist — daß auf deutscher Seite im gegenwärtigen Moment keine klare Tendenz zur günstigen Lösung des Problems der polnisch-deutschen wirtschaftlichen Beziehungen besteht. Und doch sollen die Verhandlungen wieder aufgenommen werden. Was können sie im Grunde bringen?“

„Es ist gut bekannt, daß die polnische Delegation in diesen Verhandlungen bis an die äußerste Grenze ihrer Zugeständnisse gegangen ist. Es ist bekannt, daß sie in der für uns so wichtigen Frage der Ausfuhr von Vorkstenvieh und von Schweinefleisch nach Deutschland infolge ihres Willens zu irgendeinem Einvernehmen zu gelangen, so weit nachgegeben hat, daß sie sich mit der praktischen Möglichkeit der Penetration des deutschen Marktes begnügt (ist das nicht ungeheuer viel wert? D. R.), und nicht (wozu sie im Prinzip ein begründetes Recht hätte) auf der Forderung der grundlegenden Regelung dieser ganzen empörenden Komödie besteht, welche die Reichsregierung seit einer Reihe von Jahren mit ihren „veterinären Verböten“ treibt, die, außer dem Namen, mit einer wirklichen sanitären Kontrolle nichts gemein haben. Aber Polen hat damit schon so weit nachgegeben, daß von weiteren Zugeständnissen keine Rede sein kann. Und eben nach der endgültigen Präzisierung unseres Standpunktes im Dezember des vorigen Jahres ist auf deutscher Seite jenes Schweißen eingetreten, das bisher andauert.“

„Wenn also die Delegationen in den nächsten Tagen zusammenzutreten sollen, um ihre Gespräche weiterzuführen, dann besteht nur eine Eventualität, nämlich, daß wir von deutscher Seite anstatt des ständigen und unveränderlichen „Nein“ eine mehr sachliche und positive Antwort hören werden. Wenn es anders sein sollte, verlohnt es sich überhaupt nicht, neuerdings zusammenzukommen. Und wir haben schon, in Ansehung der unzähligen überaus traurigen Erfahrungen, sehr wenig Hoffnung.“

„Es besteht nur eine Möglichkeit, auf welche übrigens die Tatsache hinweist, daß der Minister Zaleski mit Herrn von Schubert nicht anderswo, sondern gerade in Genf gesprochen hat. Die letzte Session des Völkerbundes war im Grunde genommen vom politischen Gesichtspunkte aus wenig wichtig, hingegen befah sie hinsichtlich der internationalen wirtschaftlichen Beziehungen eine ziemlich große Bedeutung. Es ist nicht zu vergessen, daß in dieser Session über die letzten unter der Ägide des Völkerbundes abgehaltenen internationalen wirtschaftlichen Konferenzen in der Anstellungsfrage und in der Frage der Reglementierung der Ein- und Ausfuhr Bericht erstattet wurde. Besonders diese letztgenannte Konferenz befah, wie bekannt, eine besondere Bedeutung für die Regelung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den europäischen Staaten. Es ist auch bekannt, daß eben vor allem infolge der mangelnden Regelung der Beziehungen zwischen Polen und Deutschland diese Konferenz angesichts der Ablehnung der Ratifizierung seitens Polens, nicht normal ins Leben treten kann. Das wurde zur Veranlassung, daß die Frage des polnisch-deutschen Handelsvertrages aus einer privaten Sache dieser beiden Staaten zu einer „internationalen Frage“ geworden ist. Man spricht von ihr viel, schreibt noch mehr darüber und, wie die französische Presse meldet, hat der Vorsitzende der Konferenz über die Einfuhr- und Ausfuhrverbote, Herr Clign, in seinem Rapport an den Völkerbundrat speziell darauf hingewiesen, wie sehr eine solche „lokale Angelegenheit“, wie das Fehlen eines deutsch-polnischen Vertrags, sich in der Gesamtheit der internationalen wirtschaftlichen Beziehungen auswirkt.“

„Mit einer solchen Bemerkung ist die Nachricht von der Wiederaufnahme der polnisch-deutschen Wirtschaftsverhandlungen zu versehen. Es ist möglich, daß sich die Reichsregierung im Hinblick auf die erwähnten Komplikationen auf dem Genfer Terrain dennoch entschlossen hat, irgendwie ihre Beziehungen mit Polen auf wirtschaftlichem Gebiet zu regeln. Es naht jetzt der Februar und mit ihm die projektierte große Wirtschaftskonferenz in Genf, die unabhängig von den Angelegenheiten des sogenannten Zollwaffenstillstandes, eine Reihe von europäischen Industrie- und Handelsministern zu privaten Gesprächen zusammenführen soll. Vielleicht sollen mit Rücksicht auf diese internationale Bewegung die polnisch-deutschen Verhandlungen erneuert werden, wiewohl — wie wir wiederum bemerken müssen — die Stimmung der deutschen Presse keineswegs zu optimistischen Voraussagen berechtigt.“

Wirtschaftliche Rundschau.

Die Bedeutung der deutsch-polnischen Zement- verständigung im Zusammenhang mit der westeuropäischen Zementindustrie.

Den neuesten Meldungen zufolge hatte die bereits bestehende belgisch-luxemburgische Zementkonzentration in den letzten Monaten wesentliche Fortschritte zu verzeichnen. Insbesondere kaufte die an der Spitze der belgischen Zementindustrie stehende Gesellschaft, die „Cimenteries et Briqueteries Réunis“ (CBR) resp. Niel on Rupell in Belgien eine ganze Reihe von Werken auf. Die Gesellschaft Ciments de Buda, die ihr Werk bei Sacren (Brüssel) an die CBR gegen ein Paket von 4000 Aktien verkauft hat, steht in Verbindung mit der luxemburgischen Zementindustrie. Sie ist dort an den „Ciments Luxembourgeois“, an der „Commerce pour les Matériaux“, an der „Compagnie Siderurgica Belgo Mineira“ (Arbed Konzern) beteiligt. Der hierdurch herbeigeführte Zusammenschluss der belgisch-luxemburgischen Zementindustrie findet ihren Ausdruck außer in den gegenseitigen Beteiligungen auch in einer entsprechenden Personalfusion. Ein Mitglied des Verwaltungsrats der Sofina Gesellschaft tritt in der Verwaltungsrat von Buda, gleichzeitig mit Herrn Waldiers, der bereits im Verwaltungsrat der „Ciments luxembourgeois“ und „Matériaux des Constructions“ steht. Die Sofina besitzt eine Beteiligung an der Holdinggesellschaft „Ciments et Matériaux“, die mit internationalen, insbesondere schweizerischem Kapital, arbeitet, und an der Spitze eines Konsortiums steht, das eine Zementfabrik in Maasricht (Holland) errichtete. Diese Fabrik und deutsche Zementwerke haben ein Abkommen über die Aufteilung des holländischen Zementmarktes geschlossen. Zwischen der belgischen CBR und der französischen Zementindustrie bestehen ebenfalls Anknüpfungspunkte. Die CBR erhöhte kürzlich ihr Aktienkapital auf 320 Millionen Franken und einen Teil dieser Aktien erwarb der französische Zementtrust „Financière des Ciments“.

Diese finanzielle Verflechtung der belgisch-luxemburgischen, französischen, holländischen und deutschen Zementindustrie steht nun noch keineswegs einem internationalen Verband in der Gestalt eines Produktions- oder Preisartells oder dergleichen dar. Vielmehr kann man zunächst nur von einer Vorstufe zur internationalen Verständigung in der Zementindustrie sprechen. Die Verhältnisse in der Zementindustrie in den einzelnen europäischen Staaten sind derzeit unvollständig, der Kampf der einzelnen Syndikate mit den Außenländern in jedem Staat wird derzeit rücksichtslos geführt, die Produktionsverhältnisse innerhalb der einzelnen Betriebe sind so verschieden, daß an diesem Ziele noch große Hindernisse zu überwinden sind.

Die jüngst erfolgte deutsch-polnische Verständigung in der Zementindustrie stellt ebenfalls erst eine lose Form des Zusammengehens dar. Die deutsche schließliche „Portland-Zementindustrie A.-G.“ hat einen Aktienkauf mit der Gruppe der polnischen Zementfabrik „Kirkel A.-G.“ vorgenommen. Kirkel besitzt die größte Zementfabrik Polens. Die sie beherrschende Gruppe erwarb die Majorität nicht selbst, sondern hat die „Société Continentale de Ciments“ in Brüssel mit 40 Millionen belgischen Franken Kapital als Holdinggesellschaft dazwischen geschaltet. Von diesem Paket hat die schließliche Zementindustrie nur einen kleineren Teil erhalten. Der weitere Zusammenschluß der deutschen und polnischen Zementindustrie wird durch den bestehenden Zollkrieg und den bereits zwischen den beiderseitigen Syndikaten bestehenden Konkurrenzauflösungsverträge gehindert. Auch stehen die unvollständigen Verhältnisse der Zementindustrie beider Staaten im Wege. Auf längere Sicht jedoch erscheinen die Aussichten günstig. Sie hängen von der in beiden Ländern sich vollziehenden Konzentrationsbewegung ab.

Während diese Zusammenfassungsbewegung in Polen im Jahre 1927 zu einem fast organisierten Syndikat gediehen ist, haben die deutschen Syndikate zur Zeit noch einen verzweifelten Kampf mit den Außenländern zu führen. Am weitesten ist die Konzentration in Süddeutschland fortgeschritten. Hier beherrschen die Zementindustrie 2 große Gruppen, die Portland-Zementwerke in Heidelberg, Mannheim und Stuttgart und die Gruppe Dunderhof Söhne in Weidach am Rhein. In Westdeutschland ist der Wiking-Konzern führend. Obwohl dieser Konzern eine ganze Reihe von Werken aufkauft hat, entstehen jedoch, durch die Nähe der Kohle begünstigt, immer wieder neue Werke, und der Kampf mit den Außenländern zeigt hier eine besondere Schärfe. Norddeutschland ist am wenigsten konzentriert. Die stärkste Gruppe ist hier die schließliche Portland-Zementindustrie A.-G. Diese schließliche Gruppe hat auch in Mitteldeutschland ihre Interessen auf dem Fusionswege stark ausgedehnt. In Polen wurde im Januar 1927 ein Bureau „Centrocement“ in Warschau errichtet, das den Verkauf sämtlicher Zementfabriken auf dem Binnenmarkt in seiner Hand konzentriert. Trotz der Beherrschung des Binnenmarktes ist aber die Rentabilität der polnischen Zementfabriken nichts weniger als gesichert, da die polnische Zementindustrie, stark auf den Auslandsabsatz angewiesen, hiermit von der Weltmarktpreise abhängig und am andauernden Sinken der Weltmarktpreise mitbeteiligt ist.

Die schlechte Konjunktur des Zementweltmarktes wird durch die Überproduktion hervorgerufen. Vom Jahre 1913 bis 1927 stieg die Weltproduktion um fast 70 Prozent. Die Produktionskapazität in Polen wird kaum ausgenutzt. Von den in Polen im Jahre 1926 tätigen 14 Fabriken, deren Leistungsfähigkeit 1,8 Millionen Tonnen betrug, wurden nur 0,8 Millionen Tonnen abgesetzt. Auch in Deutschland wurde durch die Überproduktion die Rentabilität der Fabriken in Mitleidenschaft gezogen. Obwohl der Absatz von 3,495 Millionen Tonnen im Jahre 1928 auf 5,57 Millionen Tonnen im Jahre 1929 anwuchs, stieg die Produktionskapazität noch rascher, als der Absatz und die Produktionskapazität nur bis zu 60 Prozent ausgenutzt wurde. Die Zementindustrie ist in Deutschland überdimensioniert und die allzu große Produktion wird durch die künstliche künstlich aufrecht erhalten. Die inländischen Zementpreise sind übersteuert.

Die geringe Rentabilität der polnischen und der deutschen Zementindustrie findet ihre weitere Ursache in der schlechten finanziellen Lage beider Länder nach dem Kriege. Die Bauindustrie kann sich weder im Hochbau noch im Straßenbau ufm. der beiden Länder voll entfalten. Dagegen sind die Aussichten für den Zementverbrauch in der Zukunft in beiden Ländern sehr groß. Bereits vor dem Kriege hielt der Konsum in beiden Ländern im Vergleich zu anderen europäischen Staaten kaum Schritt. Der jährliche Konsum in Belgien z. B. betrug vor dem Kriege 204 Kilogramm pro Kopf der Bevölkerung, in Kanada 158 Kilogramm, in den Vereinigten Staaten 153 Kilogramm, in Dänemark 102 Kilogramm, dagegen in Deutschland nur 90 Kilogramm, in Polen gar nur 20 Kilogramm.

Infolge der geschädigten Verhältnisse bewarbt sowohl Deutschland als Polen sich sehr eifrig um die ausländischen Absatzmärkte. Polen z. B. lieferte im Jahre 1926 nach Ägypten, Griechenland, Schweden, Norwegen usw., während vor dem Kriege polnisches Zement in erster Linie nach Rußland ging. Daß dieser Export keinesfalls gewinnbringend ist, beweist eine Resolution des polnischen Enquete-Ausschusses über die polnische Zementindustrie, in der festgestellt wird, daß die Produktionskosten der einzelnen Betriebe um 71 Prozent schwanken, fast alle Werke ohne Gewinn arbeiten und der Auslandsabsatz durch den Mangel an Schiffsverbindungen von Danzig aus und begünstigter Eisenbahnverbindungen mit der Tschechoslowakei und Rumänien besonders erschwert wird, und außerdem unter dem allgemeinen Uebel der Kreditmangel leidet.

Nach Einstellung des deutsch-polnischen Zollkrieges werden die Zementindustrien ohne allzu große Schwierigkeiten zu einer Verständigung über die Auslandsmärkte zum beiderseitigen Vorteil gelangen und auch den Absatz hin und her über die Grenze zweckmäßiger regeln können. Heute wird der gegenseitige Zementverkehr durch Zölle (Polen 1,17 Mark pro 100 Kilogramm, Deutschland 1,50 Mark pro 100 Kilogramm) künstlich gehindert. Die volle Auswertung dieser Möglichkeiten hängt von dem Abschluß der Konföderation in beiden Ländern ab; bis zum europäischen Zementverband ist dann nur noch ein Schritt.

Getreidereserven der Regierung werden exportiert.

Warschau, 23. Januar. (Kurier Pobjaniski.) Gestern wurden von den Getreidereserven der Regierung 20 000 T. Getreide für den Export ins Ausland verkauft. Es müssen also unsere Reserven einigermaßen vervollständigt sein, was sich in den Getreidepreisen auswirken dürfte.

Die Holzindustrie und ihre Bedürfnisse.

Unter dieser Überschrift läßt sich die „Gazeta Handlowa“ von ihrem Korrespondenten etwa folgendes berichten: Die mit Spannung erwarteten ersten Holzverkäufe in den staatlichen Forsten lassen keinen Schluß darüber zu, wie sich die Holzpreise in der laufenden Saison gestalten werden. Das Ergebnis der ersten Submissionen, bei denen Preise geboten wurden, die um 20–35 Prozent niedriger waren, als die der amtlichen Taxierung, scheint ein zufälliges gewesen zu sein, denn schon die nächsten Holztransaktionen in Weipol, zumal in Pommern, zeigten eine steigende Tendenz. Unbegründet ist nach Ansicht der Sägewerksbesitzer die Meinung der Holzkäufleute, daß infolge des Preisrückganges für Rohholz (der übrigens bezweifelt werden kann) auch Schnittholz billiger werden müsse. Die Senkung der Rohholzkpreise soll nämlich (nach Ansicht der Sägewerksbesitzer) ihnen selbst zugute kommen, weil sie im Vorjahr infolge hoher Preise für Rundholz ohne Nutzen gearbeitet hätten. — Im Handel mit Schnittholz herrscht zurzeit Stillstand, der sich zum Teil dadurch erklären läßt, daß die Bau-tätigkeit ruht.

Was den Holzexport aus Weipol anbelangt, so wird er sich besonders in Schnittholz auswirken, da auch die deutschen Käufer selten in der Lage sein werden, ihr Kapital für zwei Jahre in Rohholz zu investieren.

In der Luxusmöbelbranche war das Geschäft im Dezember 1929 lebhafter als im Vormonat. Die Umsätze waren, wenn gleich sie die Höhe der Umsätze des Dezember 1928 nicht erreichten, doch zufriedenstellend. Es konnte sogar die normale Arbeitszeit wieder aufgenommen werden.

Die polnische Außenhandelsbilanz für Dezember und für das Jahr 1929. Nach einer vorläufigen Schätzung des statistischen Hauptamtes betrug im Dezember 1929 die Einfuhr 214 800 000 Zł. Die Ausfuhr dagegen erreichte 254 751 000 Złoty, so daß ein Aufwandsaldo von 40 951 000 Złoty zu verzeichnen ist. Die Jahresbilanz des polnischen Außenhandels, einschließlich des freien Handels Danzig, zeigt nach vorläufigen Berechnungen folgendes Bild: Der Wert der Einfuhr belief sich auf 3 112 555 000 Złoty bei einem Gewicht von 5 087 938 T.; der Wert der Ausfuhr belief sich auf 2 813 359 000 Złoty bei einem Gewicht von 21 037 919 T. Das Passivsaldo beträgt demnach 299 196 000 Złoty. Im Vergleich zum Vorjahre hat sich die Einfuhr um 249 609 000 Złoty an Wert und 77 436 T. an Gewicht vermindert. Die Ausfuhr ist dagegen um 305 369 000 Złoty an Wert und 614 857 T. an Gewicht gestiegen. Im Vergleich zum Vorjahre ist die Passivbilanz um 554 970 000 Złoty geringer geworden.

Zusammensetzung der Aktien-Zertifikate der Danziger Tabakmonopol-Akt.-Ges. zum Bruttohandel an der Warschauer Börse. In der vorliegenden Woche wurden die Aktienzertifikate der Danziger Tabakmonopol-Akt.-Ges. in Danzig zum Handel an der Warschauer Börse zugelassen. Die Zertifikate dieser Aktiengesellschaft geben dem Besitzer das Anrecht auf Dividende evtl. auf die Liquidationssumme und im Falle einer Erhöhung des Stammkapitals auf den Erwerb neuer Zertifikate, die der Besitzer haben aber kein Stimmrecht und keinen Anspruch auf die Aktien. Das Stammkapital der Danziger Tabakmonopol-Akt.-Ges. beträgt 8 500 000 Danziger Gulden und ist in 85 000 Namensaktien eingeteilt, von denen die Pa. A. Damm 51 Prozent, die poln. staatliche Bank für Landwirtschaft (Bank Gospodarcza Krajowa) in Warschau 22 Prozent, die Deutsche Bank und Diskontogesellschaft in Berlin, The British Overseas Bank Ltd. in London und Niederländische Handelsmaatschappij in Amsterdam je 9 Prozent besitzen. Alle Aktien sind bei der „Bank von Danzig“ deponiert. Von polnischer Seite gehören dem Aufsichtsrat an Dr. Alexander Lewicki, Abteilungsleiter des polnischen Tabakmonopols, Dr. Felix Merunowicz, stellvertretender Direktor der Bank Gospodarcza Krajowa und Dr. Stanislaus Jatzewski, Rechtsanwalt in Warschau. Von dem Gewinn der Aktiengesellschaft werden jedes Jahr 5 Prozent des Stammkapitalbetrages dem Amortisationsfonds zugeführt. Der restliche Gewinn wird folgendermaßen verteilt: 5 Prozent werden dem Reservefonds zugeführt (so lange, bis er auf ein Zehntel des Stammkapitals anwächst), und 5 Prozent werden als Dividende an die Aktionäre ausgeschüttet. Von dem noch verbleibenden Reingewinn erhalten Aufsichtsrat und Vorstand eine Lohntante von höchstens 15 Prozent im Gesamtbetrage von höchstens 800 000 Danziger Gulden, die Aktionäre weitere 4 Prozent, während der nun restierende Gewinn nach einem bestimmten Schlüssel unter die freie Stadt Danzig und die Aktionäre verteilt wird. 1928 hat die Aktiengesellschaft eine Dividende von 12 Prozent gezahlt. Am Tage der Einführung der Zertifikate an der Warschauer Börse wurden sie mit 150 Prozent gehandelt, d. h. mit 260,25 Złoty. Der Kurs zog bis auf 150 an, infolgedessen fehlte es an Verkäufern.

Gründung einer Zentralorganisation der polnischen Weidenproduzenten. Von der Erzeugung ausgehend, daß die Ausfuhr von Weiden eine gute Zukunft hat, haben sich die Weidenproduzenten Polens entschlossen, eine Zentralorganisation mit dem Sitz in Warschau ins Leben zu rufen. Der Hauptanbnehmer von polnischen Weiden sind die Vereinigten Staaten von Nordamerika. In der letzten Zeit zeigt auch der australische Markt großes Interesse für diese Ware.

Preise für Rohweiden in Weipol. Nach den Notierungen des Dominiums Gierlachowo bei Namitisch stellen sich Rohweiden roh, von besser sog. amerikanischer Sorte, auf 7 Złoty pro 50 kg. Für geschälte Weiden dieser Sorte offerierte deutsche Importeure angeblich 50–60 Złoty. Umsätze haben noch nicht stattgefunden, weil die Schälung erst begonnen hat. Die Firma Schreiber, Bromberg, gibt als Engrospreise loco Jordan a. d. Weichsel an für 50 kg.: Grüne Weichselweiden, ungehäutet 3 Złoty, weiße Weichselweiden, geschält (Stäbe) 15 Złoty, geschälte Rohweiden 30 Złoty; Reifen für Butterfässer 4 Złoty für das Schod.

Geldmarkt.

Der Wert für ein Gramm reinen Goldes wurde gemäß Befehlung im „Monitor Polski“ für den 24. Januar auf 5,9244 Złoty festgelegt.

Der Zloty am 23. Januar. Danzig: Ueberweisung 57,58 bis 57,72, Bar 57,61–57,75. Berlin: Ueberweisung Warschau 46,85–47,05, Polen 46,825–47,025. Rattowisch 46,825–47,025, Bar gr. 46,70–47,10. Zürich: Ueberweisung 58,02%, London: Ueberweisung 43,39. New York: Ueberweisung 11,25. Prag: Ueberweisung 378,50. Mailand: Ueberweisung 214,00.

Warschauer Börse vom 23. Januar. Umsätze, Verkauf — Kauf. Belgien —, Belgrad —, Budapest —, Bulgarek —, Sellsingfors —, Spanien —, Holland 358,50, 359 40 — 357,60, Japan —, Konstantinopel —, Kopenhagen —, London —, 43,50 — 43,28, New York 8,899, 8,919 — 8,879, Oslo 238,25, 238,85 — 237,65, Paris 35,03, 35,12 — 34,94, Prag 26,37%, 26,44 — 26,31%, Riga —, Schweiz 172,31, 172,74 — 171,88, Stockholm —, Wien 125,41, 125,72 — 125,10, Italien 46,68, 46,80 — 46,56. *) London 43,38%, — 43,38%.

Berliner Devisenkurse.

Diff. Discont- läge	Für drahtlose Auszah- lung in deutscher Mark	In Reichsmark 23. Januar		In Reichsmark 22. Januar	
		Geld	Brief	Geld	Brief
—	Buenos-Aires . . .	1,675	1,679	1,677	1,681
5,48 %	Ranaba	—	—	—	—
—	Japan	—	—	—	—
—	Kairo	—	—	—	—
5,5 %	Konstantinopel . .	20,352	20,382	20,355	20,395
5 %	London	4,182	4,190	4,1830	4,1910
—	Rio de Janeiro . .	—	—	—	—
5,5 %	Uruguay	168,03	168,37	168,13	168,47
9 %	Amsterdam	—	—	—	—
4 %	Athen	—	—	58,235	58,365
7 %	Brüssel	—	—	—	—
7 %	Danzig	—	—	—	—
7 %	Sellingfors	—	—	—	—
7 %	Italien	—	—	—	—
7 %	Jugoslawien	—	—	—	—
5 %	Kopenhagen	111,88	112,10	111,89	112,11
8 %	Lissabon	—	—	—	—
5,5 %	Oslo	111,75	111,97	111,73	111,95
3,5 %	Paris	—	—	—	—
5 %	Prag	—	—	—	—
3,5 %	Schweiz	—	—	—	—
10 %	Sofia	—	—	—	—
5,5 %	Spanien	—	—	—	—
4,5 %	Stockholm	112,22	112,44	112,22	112,44
7,5 %	Wien	—	—	—	—
8 %	Budapest	—	—	—	—
9 %	Warschau	—	—	46,90	—

Amtliche Devisennotierungen der Danziger Börse vom 23. Januar. In Danziger Gulden wurden notiert Devisen: London 25,01%, Bd., 25,01%, Br., New York —, Bd., —, Br., Berlin 122,671 Bd., 122,979 Br., Warschau 57,61 Bd., 57,75 Br.

Züricher Börse vom 23. Januar. (Amtlich.) Warschau 58,02%, New York 5,1745, London 25,18, Paris 20,33, Wien 72,83, Prag 15,31, Italien 27,08%, Belgien 72,02%, Budapest 90,50, Sellsingfors 13,00, Sofia 3,74%, Holland 208,05, Oslo 138%, Kopenhagen 138,40, Stockholm 138,87%, Spanien 66,70, Buenos Aires 2,07%, Tokio 2,54%, Bulgarek 3,07%, Athen 6,71, Berlin 123,58, Belgrad 9,12%, Konstantinopel 2,42%, Privatdiskont 4 pCt.

Die Bank Polst hat heute für: 1 Dollar, gr. Scheine 8,85 Zł., do. n. Scheine 8,84 Zł., 1 Pf. Sterling 43,22%, Zł., 100 Schweizer Franken 171,63 Zł., 100 franz. Franken 34,89 Zł., 1/6 deutsche Mark 212,13 Zł., 100 Danziger Gulden 172,72 Zł., tschech. Krone 26,27%, Zł., österr. Schilling 124,91 Zł.

Aktienmarkt.

Posener Börse vom 23. Januar. Seit verinslichte Werte: Notierungen in Prozent: 5proz. Konvertierungsanleihe (100 Zloty) 49,50 G. 5proz. Dollarbriefe der Posener Landbank (1 D.) 92,50 B. 4proz. Konvertierungspandbriefe der Pos. Landbank (100 Zloty) 39,00 B. Tendenz ruhig. — Industrieaktien: S. Cegielski 43,00 B. Gersfeld-Victorius 46,00 B. Ufa 94,00 G. Tendenz ruhig. (G. = Nachfrage, B. = Angebot, + = Geschäft, * = ohne Umsatz.)

Produktenmarkt.

Getreidenotierungen der Bromberger Industrie- und Handelskammer vom 23. Januar. (Großhandelspreise für 100 Kilogr.) Weizen 35,00–36,00 Zł., Roggen 20,00–20,50 Zł., Malzgerste 21,00–22,00 Zł., Braugerste 25,00–26,50 Zł., Gelberbsen 30,00–32,00 Zł., Bittererbsen 36,00–42,00 Zł., Hafer 17,00–18,00 Zł., Futterartoffeln — Zł., Speiseartoffeln — Zł., Kartoffelflocken — Zł., Weizenmehl 70%, — Zł., do. 65%, — Zł., Roggenmehl 70%, — Zł., Weizenkleie 17,00–18,00 Zł., Roggenkleie 15,50 Zł., Enarospresse franto Wagon der Aufgabestation. Tendenz: ruhig.

Berliner Produktenbericht vom 23. Januar. Getreide- und Delaaten für 1000 kg. ab Station in Goldmark: Weizen märt., 76–77 kg., 247,00–250,00, März 236,00, Mai 277,50, Roggen märt., 72 kg., 159,00–161,00, März 180,00–182,50, Mai 192,00–193,50, Gerste 175,00–187,00, Futtergerste 155,00–163,00, Hafer märt. 135,00 bis 144,00, März 154,00, Mai 164,50, Weizen 167,00–168,00.

Für 100 kg.: Weizenmehl 30,00–35,50, Roggenmehl 22,25–25,25, Weizenkleie 9,75–10,25, Roggenkleie 8,25–8,75, Futtererbsen 24,00 bis 32,00, Al. Speiserbsen 21,75–24,75, Futtererbsen 20,00–21,00, Weizen 17,50–19,50, Ackerbohnen 18,00–19,00, Bohnen 21,00–24,00, Lupinen, blaue 14,00–15,00, Lupinen, gelbe 17,00–18,00, Serradella 25,00 30,00, Rapsfuchen 17,00–17,50, Leinfuchen 22,20–22,60, Trodenjähnel 7,20–7,40, Soya-Extraktionsöl 14,30–14,60, Kartoffelflocken 13,60–14,00.

Speiseartoffeln, weiße 1,80–2,20, rote und Odenwälder blaue 2,00–2,40, Mieren 3,80–4,20, andere gelbfleischige 2,70–3,00, Fabrikartoffeln 8–9 Pf. pro Stärkeprozent, gute Industriefartoffeln geputzt.

Materialienmarkt.

Berliner Metallbörse vom 23. Januar. Preis für 100 Kilogr in Gold-Mark. Elektrolytkupfer (wirebars), prompt cit. Hamburg Bremen oder Rotterdam 170,25, Remalte-Plattenzint von handelsüblicher Beschaffenheit —, Originalaluminium (99,99%), in Blöden, Walz- oder Drahtbarren 190, do. in Walz- oder Drahtbarren (99%), 194, Keimmetall (98–99 %) 350, Antimon-Regulus 57–60, Feinsilber für 1 Kilogr. fein 61,50–63,50, Gold im Freiverkehr —, Platin —.

Briefkasten der Redaktion.

Alle Anfragen müssen mit dem Namen und der vollen Adresse des Einsenders versehen sein, anonyme Anfragen werden grundsätzlich nicht beantwortet. Auch muß jeder Anfrage die Abonnementsquittung beiliegen. Auf dem Kuvert ist der Vermerk „Briefkasten-Red.“ anzubringen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt.

A. A. 30. 1. Das Einschickte ist, Sie beantragen bei Gericht die Aufwertung der Hypothek unter Darlegung des Sachverhalts. 2. Wenn Sie nicht mehr in die Lage kommen sollten, den Eid zu leisten, was wir nicht hoffen wollen, dann müssen Ihre Erben die Michtigkeit Ihrer Verbindungen in anderer Weise zu beweisen suchen. Einen anderen Weg gibt es nicht.

Gertrud J. in Gr. Stellen Sie bei der Ubezpicaafna Krajowa in Poznan einen Antrag auf Rückzahlung eines Teilbetrages der Beiträge.

S. S. A. In beiden Fällen kann eine Aufwertung bis 100 Prozent erfolgen, so daß Sie für je 3000 Mark 3708,70 Złoty zu zahlen hätten. Ein fester Satz ist im Gesetz nicht vorgegeben, so daß die Aufwertung auch niedriger sein kann, wenn der Wert des belasteten Grundstücks seit der Entschaffung der Forderungen sich vermindert hat. Wenn keine Einigung mit den Erben erfolgt, entscheidet auf Anrufung das Gericht. Zu bemerken ist noch, daß, wenn Ihre Schwiegermutter kein Testament hinterlassen hat, Ihre Frau an dem Nachlaß der Mutter zu gleichen Teilen mit ihren Geschwistern beteiligt ist.

D. B. Holland. Über Auswanderungsfragen können wir keine Auskunft erteilen.

J. A. Ihre und Ihrer Mutter Forderungen stammen aus der Teilung gemeinschaftlichen Vermögens, die Aufwertungsbehandlung derartiger Forderungen ist dieselbe wie die von Restaufgeld. Die Forderungen können bis 100 Prozent aufgewertet werden. Aber das Geld war damals schon sehr entwertet (23 Mark = 1 Zł.), so daß die 7000 Mark nur einen Wert von 804 Złoty haben.

G. Ar. 88. Daß ein Kaufmann einen einem Kunden übergebenen Kontoauszug vernichtet, ist nichts Anstößiges. Natürlich brauchen Sie nichts anzuerkennen, was mit Ihren eigenen Aufzeichnungen nicht übereinstimmt. — Ansprüche von Kaufleuten für Lieferung von Waren verjähren in 2 Jahren; die Verjährung beginnt am Schlusse des Jahres, in dem die Forderung entstanden ist.

D. S. 100. Sie können jetzt Ihre Ansiedlung Ihrem Sohn überlassen, ohne befürchten zu müssen, daß der Staat das Wiederanrecht geltend macht. 2. Ihr Schwiegersohn brauchte zum Verkauf seiner Wirtschaft die Genehmigung seiner Frau. Aber letztere kann die Herausgabe des Eingekauften verlangen und ihren Anspruch im Klagewege geltend machen.

M. S. 3. Bei 100prozentiger Aufwertung — mehr ist nicht zulässig — hat der Berechtigte Anspruch auf 185 Złoty an Kapital und an Zinsen zu 5 Prozent für 4 Jahre 87 Złoty. Im ganzen also 272 Złoty.

Kleine Rundschau.

* Weshalb sich Prinzessin Maria José zur Hochzeit verspätete. Prinzessin Maria José, deren Trauung mit dem italienischen Kronprinzen sich zu einer Feier gestaltete, wie sie Italien seit langem nicht erlebt hatte, kam beinahe eine halbe Stunde zu spät in die Kapelle, in der die Trauung vollzogen werden sollte. Alle waren verwirrt und wußten nicht, was geschehen war. Erst heute, durch eine Indiskretion eines Hoflakaien, erfährt man den Grund der Verspätung, die von allen Anwesenden recht unbehaglich empfunden wurde. Als die Prinzessin ihr Brautkleid anziehen sollte, stellte sie mit Entsetzen fest, daß ihr das Kleid zu eng war. Sie konnte sich nicht recht darin bewegen, und es hätte nicht viel gefehlt, daß das Kleid geplatzt wäre. Man stellte sich vor, was geschehen wäre, wenn das Kleid während der Trauung sozusagen auf dem Leibe der Prinzessin gerissen wäre. Das Brautkleid war nämlich in Mailand angefertigt und an einem Mannequin, das die Figur der Prinzessin hatte, ausprobiert worden. Sofort faufte ein Auto nach dem vornehmsten Modehaus Roms, um dort geschickte Schneiderinnen zu holen, die das Kleid in kürzester Zeit umändern könnten. Die Arbeit wurde mit Blitzesschnelle verrichtet, und eine halbe Stunde später konnte die Prinzessin in der Kapelle erscheinen. Die Verspätung der Trauung wirkte sich im ganzen Festprogramm aus. Dem Papst mußte eine Entschuldigung gesandt werden, da die Neuvermählten erst später bei ihm erscheinen konnten.

Tagung der Welage in Posen.

Zu der Tagung der Westpolnischen Landwirtschaftlichen Gesellschaft in Posen, die in den Tagen vom 22. bis 24. d. M. stattfand, waren auch in diesem Jahre wieder eine große Zahl von Mitgliedern der Welage erschienen, daß sich diese Zusammenkunft zu einer imposanten Kundgebung des wirtschaftlich auf gemeinsamer Basis organisierten deutschen Landvolkes in der Wojewodschaft Posen gestaltete. Der große, modern und geschmackvoll ausgestattete Saal des Handwerkerhauses konnte die über tausend Erschienenen kaum alle aufnehmen.

Die 6. Generalversammlung der Welage wurde von dem Vorsitzenden des Aufsichtsrates, Freiherrn von Massenbach-Konin, am Donnerstag vormittag um 11 Uhr eröffnet. Er begrüßte zunächst die erschienenen Ehrengäste, darunter den in Vertretung des Wojewoden erschienenen Wojewodschaftsrat Radoński, den neuen Präsidenten der Landwirtschaftskammer, Rittergutsbesitzer v. Kozłowski, den deutschen Generalkonsul Dr. Lütgens, die anwesenden Sejmabgeordneten und Senatoren, die Vertreter des Landbundes Weichselgau mit ihrem ersten Vorsitzenden, Rittergutsbesitzer v. Detmering, an der Spitze, die Vertreter des Landbundes Oberschlesien, den Verband deutscher Genossenschaften, vertreten durch Verbanddirektor Dr. Swart, Generalsuperintendenten D. Blau vom evangelischen Konsistorium, Domherrn Klink als Vertreter der katholischen Geistlichkeit, Dr. Scholz vom Verband für Handel und Gewerbe, die Vertreter des Wirtschaftsverbandes Städtischer Berufe aus Bromberg und alle anderen anwesenden Verbände, sowie die Vertreter der Presse.

Nach einer kurzen Ansprache erteilte Freiherr v. Massenbach das Wort dem Senator Dr. Busse zu seinem Vortrag über die Agrarkrise. Die interessanten und aufschlußreichen Ausführungen Dr. Busses geben wir an anderer Stelle unserer heutigen Ausgabe wieder.

Nach der mit großem Beifall aufgenommenen Rede des Senators Dr. Busse ergriff der Hauptgeschäftsführer der Westpolnischen Landwirtschaftlichen Gesellschaft Kraft das Wort zur Erstattung eines allgemeinen Geschäftsberichtes. Mit Rücksicht auf die bereits am Vortage stattgehabten Sitzungen, in denen über die Tätigkeit der einzelnen Abteilungen ausführlich Bericht erstattet worden war, gab Hauptgeschäftsführer Kraft dieses Mal nur einen allgemeinen Überblick über die Tätigkeit des Verbandes und führte etwa folgendes aus:

Die Mitgliederzahl der Welage hat sich im letzten Jahre von 10 200 auf über 10 500 erhöht. Durch diesen Zuzug bisher ausstehender deutscher Landwirte, kleinerer Besitzgröße, ist es gelungen, die angelassene Besitzfläche auf gleicher Höhe, nämlich über 1 400 000 Morgen beitragspflichtiger Fläche zu halten, obgleich die fortschreitende Agrarreform dem angelassenen Großgrundbesitz Einbuße an Land zufügt. Damit ist die finanzielle Basis der Organisation die gleiche geblieben.

Die Hauptgeschäftsstelle in Posen umfaßt neben dem Umfang der Organisation entsprechend notwendigen Verwaltungsapparat 9 Fachabteilungen; dazu kommen zwei lose angegliederte Beratungsstellen (Pflanzen- und Bauberatung), die die Funktionen von Abteilungen erfüllen. Im übrigen wird ein großer Teil der Arbeit auf den Spezialgebieten von insgesamt zehn Sonderausschüssen getragen. Schließlich seien unsere neun Bezirksgeschäftsstellen, die über die ganze Wojewodschaft verteilt sind, erwähnt.

Das Vereinsleben spielt sich im wesentlichen in den Kreis- und Ortsvereinen ab. Es bestehen 24 Kreisvereine und 193 Ortsvereine. Die Zahl der Kreisvereine hat sich demnach um zwei, die der Ortsvereine um neun gegenüber dem Vorjahre vermehrt.

Die Versammlungstätigkeit war im Durchschnitt genommen rege und weist gegenüber dem Jahre 1928 keine Veränderung auf. In über 1000 Versammlungen wurde durch Entsendung von Beamten und Rednern die enge Fühlungnahme mit den Mitgliedern aufrecht erhalten, der im übrigen auch regelmäßige Sprechstunden in einzelnen Ortsstellen der Wojewodschaft, im Berichtsjahr insgesamt etwa 600, dienen. Es fand eine große Zahl von Sonderveranstaltungen, wie Feldbesichtigungen, Kurse, Kinovorführungen und dergl. in zunehmendem Maße statt, und in Spezialvereinigungen, wie Milchkontrollvereinen, Viehrückführungen und dergl. schlossen sich interessierte Mitglieder zu nützlichen Arbeit zusammen. Die Westpolnische Landwirtschaftliche Gesellschaft als solche hat sich außer bei der vorjährigen Tagung noch durch die Beteiligung an der Landesausstellung der breiten Öffentlichkeit gezeigt.

Der Wert der beratenden Tätigkeit, die die Welage in hohem Maße ausübt, ist, vom allgemeinen Standpunkt betrachtet, nicht zu unterschätzen und hat auch den Behörden gegenüber seine Bedeutung. Ihnen wird der Verkehr mit den Staatsbürgern, sei es in ihrer Eigenschaft als Steuerzahler, Rentenpflichtige oder dergleichen, erleichtert, wenn diese durch eine sachgemäße Beratung unter-

stützt werden. Auch das einzelne Mitglied wird es als Erleichterung empfinden, wenn der Verkehr mit den verschiedenen Ämtern reibungslos vonstatten geht. Häufen sich auf irgendeinem Gebiete Maßnahmen, welche zu Unklarheiten führen oder unnötige Erschwernisse schaffen, so haben in fast allen Fällen die Verhandlungen der Hauptgeschäftsstelle mit den Zentralbehörden der Wojewodschaft zu Anweisungen geführt, die diese Schwierigkeiten in erheblichem Maße verminderten. Hieraus ergibt sich, daß die Welage auch im letzten Jahre mehr und mehr zum unentbehrlichen Berater des einzelnen Mitglieds wie der Gesamtheit geworden ist.

Ein Landwirt, dessen tägliche Sorgen auf diese Weise auf ein Mindestmaß herabgedrückt sind, findet die Zeit, seine Energie im verstärkten Maße der Förderung seiner Wirtschaft zu widmen. In der rührigen Tätigkeit der Kreis- und Ortsvereine und durch sonstige Veranstaltungen wird mannigfache Anregung hierzu gegeben. Durch vielseitige Vorträge wird Belehrung erteilt, werden wertvolle Erfahrungen der Berufsgenossen preisgegeben, die Ergebnisse der fortschreitenden Wissenschaft der Praxis vermittelt und schließlich ist auch der bloße Gedankenaustausch der Berufsgenossen untereinander von Nutzen.

Bei dem Gedanken an die Zukunft erfüllt es mit Sorge, daß die heranwachsende Generation durch den mangelnden Unterricht während der Kriegszeit und durch die schlechten Schulverhältnisse der Nachkriegszeit, die für einen großen Teil unserer deutschstämmigen Jugend heute noch nicht gehoben sind, zum Schaden des Einzelnen wie auch der Gesamtheit und damit des Staates zu einem Rückgang der wirtschaftlichen Fähigkeiten und Leistungen führen können. Um so mehr empfindet die Leitung der Welage die Verpflichtung, im Rahmen der Möglichkeiten durch eine gediegene Fachbildung diese Gefahr zu mildern. Dem dienen in erster Linie Fachschulen, an deren Ausbau die Gesellschaft interessiert ist. Sie werden teils von der Landwirtschaftskammer, teils von der Welage unterhalten. Darüber hinaus wird versucht, durch Fachkurse für die männliche und weibliche Jugend einzugreifen. Ein Teil der Bauernsöhne findet durch vorübergehende Verwendung auf größeren Gütern auch eine wertvolle Bereicherung seines Könnens. Durch Befreiungsprüfungen wird den strebsamen jungen Leuten der Ansporn gegeben, ihr Wissen zu einem Abschluß zu bringen.

Die fachliche Förderung der Landwirtschaft steht mit als wichtigster Punkt in das Programm der Welage geschrieben, eine fachliche Förderung, die die grundlegende Belehrung und die Vermittlung der Ergebnisse der Wissenschaft an die breite Praxis in gleicher Weise umfaßt. Es ist mit Genugtuung festzustellen, daß für diese Bestrebungen das Verständnis der Mitglieder und auch der maßgebenden Faktoren der Staats- und Selbstverwaltungsbehörden vorhanden ist.

Heute wird durch die veränderte Konjunktur der letzten 1½ Jahre, die zu einer Krise geführt hat, das Interesse der Gesellschaft gebieterisch in verstärktem Maße auf wirtschaftspolitische Fragen gelenkt. Galt bisher die ganze Sorge der Förderung der Produktion, so beherrscht heute in gleicher Weise die schwere Sorge um ihren Absatz die Gemüter. Die gegenwärtige wirtschaftliche Lage der Landwirtschaft ist bekannt und hinreichend erörtert. Daß ein einzelner, sich nur über eine Wojewodschaft erstreckender Verband nicht in der Lage ist, die Krise zu beseitigen, ergibt sich von selbst, es ist der Leitung der Welage aber eine Ehrenpflicht, mit allen berufenen Kräften an der Lösung der Krise mitzuarbeiten.

Wir wissen, daß Polen allein nur ein Rad ist in dem großen Getriebe der gesamten Weltwirtschaft, wir wissen, daß in fast allen anderen Ländern krisenhafte Erscheinungen im Wirtschaftsleben auftreten, wir wissen insbesondere aus den Erscheinungen der letzten Jahre, daß in fast allen europäischen Staaten die Lage der Landwirtschaft sich verschlechtert hat, und daß überall gleiche oder ähnliche Ursachen hierfür maßgebend sind. So hat in der Welt mehr und mehr die Meinung gefaßt, daß auch der landwirtschaftliche Berufsstand über die Grenzen der einzelnen Staaten hinaus eine Solidarität zeigen muß, wie es andere Berufsstände, insbesondere die verschiedenen Interessengebiete der Großindustrie schon seit Jahren mit Erfolg tun. Diese Erkenntnis hat ihren äußeren Ausdruck gefunden durch die Teilnahme von Vertretern der Welage am Internationalen Landwirtschaftskongress in Budapest.

Die Tätigkeit der Gesellschaft verschafft dem Einzelnen so vielfältige Vorteile, daß damit von einem Opfer in Form der Beitragszahlung wohl heute keine Rede mehr sein kann; die direkten Vorteile für den Einzelnen betragen ein Mehrfaches der Beitragsleistung. Das führt zu der Erkenntnis, daß im Interesse des Einzelnen wie des Gesamtvolkes auch der letzte Berufsgenosse sich verpflichtet fühlen sollte, den Reihen der Welage beizutreten.

(Die Fortsetzung des Tagungs-Berichtes erfolgt in der nächsten Ausgabe.)

Die deutsch-polnischen Getreideverhandlungen.

Warschau, 24. Januar. (Eigene Drahtmeldung.) Die deutsch-polnischen Verhandlungen über den Getreideexport entwickeln sich günstig, und es besteht die Hoffnung, daß ein vollständiges Einvernehmen erzielt werden wird. In der nächsten Zeit sollen sich die polnischen Vertreter nach Berlin begeben, um eine entsprechende Abmachung zu unterzeichnen. Bisher ist ein provisorisches Einvernehmen für einige Wochen abgeschlossen worden, das bis zum Abschluß eines dauernden Vertrages Geltung haben soll und bis dahin den Getreide-Export beider Länder nach den Auslandsmärkten regeln soll.

Vor schweren Kämpfen im Reich.

Das Arbeitsprogramm des neuen Reichstages.

Die Aufgaben, die der am Donnerstag wieder zusammengetretene Reichstag zu erfüllen hat, sind für das Schicksal Deutschlands auf ein, ja vielleicht sogar auf mehrere Jahrzehnte von entscheidender Bedeutung. Das gilt in erster Linie für die Ratifizierung des Young-Planes, die während dieser Reichstags-tagung vorgenommen werden soll. Darüber hinaus sind aber noch so viel andere Fragen zu erledigen, daß der Reichstag in den nächsten Wochen vor äußerst angestrengter Arbeit steht.

Es ist sogar nicht ausgeschlossen, daß es zu einer Reaktionskrise kommt. Die verschiedenen Interessen der Parteien lassen den Zusammenhalt der augenblicklichen Regierungskoalition oder auch einer neuen, auf anderer Grundlage fast unmöglich erscheinen. Das gilt besonders für die Regelung der Finanzen des Reiches. Deren Reform wurde immer wieder mit Rücksicht auf die Haager Schlusskonferenz verschoben. Der verstorbene Reichsaußenminister Dr. Stresemann war selbst dafür eingetreten, erst die außenpolitischen Fragen einer endgültigen Lösung entgegenzuführen und sich erst dann den innerpolitischen zuzuwenden. Allerdings hatte er nicht damit gerechnet, daß die Haager Schlusskonferenz solange herausgezögert werden würde, wodurch die Finanzlage des Reiches infolge der vorangegangenen Mißwirtschaft geradezu trostlos wurde. Es kam zu der bekannten Krise, die namentlich durch das Auftreten des Reichsbankpräsidenten Dr. Hjalmar Schacht noch verschärft wurde.

Nunmehr wird es möglich sein, einen neuen Haushalt aufzustellen. Aber wo bleiben die noch von Hilferding versprochenen Steuererleichterungen? Heute rechnet niemand mehr mit einer stärker ins Gewicht fallenden Senkung der Steuern, obwohl sie die deutsche Wirtschaft dringend bedarf. In der akuten Krise der Finanzen ist infolgedessen eine Erleichterung eingetreten, als dem Reich auf verschiedensten Wegen größere Summen zugeflossen sind. Auch der Young-Plan schafft im Augenblick etwas Luft. Aber andererseits müssen die Mittel zur Deckung der Fehlbeträge aufgebracht werden, zumal mit einem verringerten Steueraufkommen gerechnet werden muß. Ganz besonders schwierig gestaltet sich die Regelung der Arbeitslosenfrage. Die Erhöhung der Beiträge reicht bei weitem nicht aus, um die erforderlichen Mittel aufzubringen. Schon jetzt ist die Zahl von über 2 Millionen Arbeitslosen überschritten. Leider muß man damit rechnen, daß die Zustände sich im Januar und Februar weiterhin verschärfen werden. Die einzige Steuer, bei der mit einem Abbau zu rechnen ist, ist die Kapitalertragssteuer, nicht etwa, weil man auf die aus ihr fließenden Beträge verzichten kann, aber weil man hofft, daß es auf diese Weise gelingen wird, Deutschland besser mit Kapital zu versorgen. Es ist ein offenes Geheimnis, daß in den letzten Jahren erhebliche deutsche Vermögenswerte ins Ausland abgeflossen sind. Dieser Entwicklung kann nur dadurch Abhilfe geschaffen werden, daß die der innerdeutschen Kapitalbildung so feindliche Kapitalertragssteuer abgebaut wird. Man hofft auch, daß durch die zweifelslos eingetretene weltpolitische Entspannung sich eine allgemeine Beruhigung durchsetzen wird.

Dem Reichstag werden außer dem Young-Plan vor allem noch das deutsch-polnische Liquidationsabkommen und das deutsch-belgische Marktabkommen zugehen. Zweifellos ist gerade in dieser Beziehung durch die Haager Schlussverhandlungen eine Erleichterung eingetreten. Die Inkraftsetzung des Young-Planes kann durch den Protest der kleinen Gläubiger nicht aufgehalten werden. Denn es genügt die Ratifizierung durch Deutschland, Frankreich, England, Italien und Belgien.

Zu erledigen ist ferner das Bündholz-Monopolgesetz, das spätestens bis zum 31. Januar im Reichstag angenommen werden muß, falls nicht Schwierigkeiten bei der Kreuger-Anleihe in Kauf genommen werden sollen.

Das sind nur die wichtigsten Punkte, die aus der Arbeit des Reichstags herausgehoben wurden. Die Neuordnung des Haushaltes ist in den letzten Wochen trotz der Abwesenheit des Finanzministers Dr. Moldenhauer erheblich gefördert worden. Denn es ist nunmehr keine Zeit zu verlieren. In der zweiten Januarhälfte, sowie zu Beginn des Februars wird der Reichstag über schicksalsschwere Fragen zu entscheiden haben. Auf ihm liegt die größte Verantwortung, die je einer Volksvertretung auferlegt wurde.

Bechlagenes Rantholz

(Mauerlatten), gut gearbeitet, 10/10, 10/13, 13/13, 13/16 und 16/16 cm stark, auch in zugechnittenen Längen, hat billigst abzugeben
H. Medzen, Gordon n. B. Tel. 5.

Rohhäute — Felle

Marder, Iltis, Fuchs, Otter, Hasen, Kanin, Kothharre, taucht

Fell-Handlung P. Voigt

Bydgoszcz, Bernardynska 10. Telefon 1558 und 1441.

Verloren am 22. Januar d. Js., zwischen 5 Uhr nachm. u. 12 Uhr abends, lebern, blau, mit Bechlage, Briefstache, enthaltend Legitimation des Automobilklub Politi, Legitimation der Firma, Bittentarten und Perionalpapiere, Barinhalt über 500.— z. Gegen Belohnung abzugeben Hotel pod Oriem Nr. 38. Distretion zugehörig.
Tadeusz Ciagłinski.

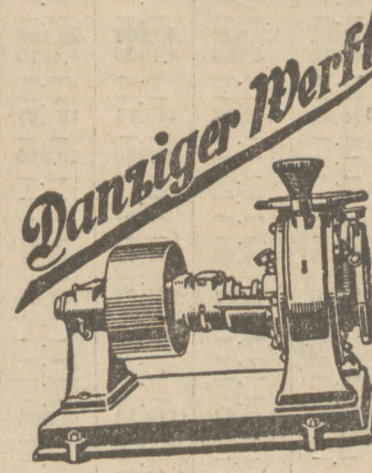
Steuerbesitzbüro

des ehem. Leiters der hiesigen Finanzämter Fr. Chmarzynski, ul. Gdańska 151, Telefon Nr. 1674 — das einzige Fachbüro d. Art am Plage — erledigt streng nach den gesetzlichen Bestimmungen sämtliche Steuerfachen, speziell schwieriger u. verwickelter, außerdem Verwaltungssachen, Einricht. von Büchern, Aufstellung u. Prüfung von Bilanzen u. Mitwirkung eines gerichtl. vereidigt. Buchhelfers. Für Minderbemittelte kostenloser Beratung.
1247

Chide und guttischen Damen-Toiletten w. a. l. o. l. d. B. r. e. i. l. e. r. f. e. r. t. i. g. Jagiellońska 44, 1.

Kreiselpumpen für alle Zwecke und Leistungen

Gdańsk, Werftgasse Nr. 4, Tel. 23441
Warszawa, ulica Jasna Nr. 11 m 5, Tel. 99-18
Łódź, ulica Traugutta 9, Tel. 41-83
Poznań, ul. Słowackiego 18, Tel. 77-85
Kraków, ulica Wiślna 12, Tel. 30-49
Katowice, ulica Wita Stwosza Nr. 3
Lwów, ul. Podleskiego 7, Tel. 48-88
Lublin, Krakowskie Przedmiescie 56 m 8, Tel. 9-62
Równe, ul. 3-go Maja 50, Tel. 307
Wilno, ulica Jagiellońska w. a. l. o. l. d. B. r. e. i. l. e. r. f. e. r. t. i. g.
Gdynia: Fa. St. Leszczyński



Vorschriftsmäßige Miets-Quittungsbücher z. 1.35

Versand nach außerhalb gegen Einsend. von z. 1.50
A. Dittmann, T. z. Bydgoszcz, ul. Jagiellońska 16. 7552

Seradella Klee- und Grassämereien

Wir übernehmen die Reinigung sämtl. Kleesorten, Rundfrucht und Getreidearten und stellen auch prima Saatgut her auf unserer Saatgutveredelungsanlage zu mäßigen Gebühren.
Spar- und Darlehenskassenverein Pruszcz, pow. Świecie. Telefon: Pruszcz Nr. 25.

Wohnungen

Eine 6-Zimmerwohnung, m. Zubehör u. Gartenbenutzung, in der 8 J. lang eine Arztpraxis betrieben wurde, von 100 qm zu vermieten. Zu erl. Wełniany Rynek 9, im 1. Stock. 1321

6-Zimmer-Wohnung

3. verm. Król. Jadwigi 7. Eine Werkstatt sofort zu vermieten. 496 Toruńska 117, Hof.

Möbl. Zimmer

Möbl. Zimmer an 10 St. Herrn, bei f. kinderlos. Gep. mit Küchenben. zu vermieten. 470 Chrobrego 7, part. 115. Ein möbl. Zimmer zu vermieten. 495 Toruńska 187, Hof.